

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 Mark monatlich 1.20 Mark
wöchentlich 30 Pf. usw.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Wittwoch, den 2. Mai 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Verfassungsausschuss tritt zusammen.

Verfassungsausschuss und Sozialdemokratie.

Von Otto Landsberg.

Aufgabe einer Regierung ist es, ihrem Volk bei der Lösung wichtiger Aufgaben voranzugehen. Ein leitender Staatsmann, der sich ziehen und schleppen läßt, statt aus eigener Initiative kräftig Hand anzulegen, wo es gilt, das Staatsgeschiff vorwärts zu treiben, hat den Nachweis seiner Befähigung für den von ihm bekleideten Posten nicht erbracht.

Das deutsche Volk verlangt, daß der zu lange veräumte freiheitliche Ausbau seiner Verfassung unverzüglich in Angriff genommen wird. Der Reichstag hat sich zum Sprachrohr dieses Wunsches gemacht. Mit überwältigender Mehrheit hat er die Einsetzung eines Verfassungsausschusses beschlossen, der sein Diskussionsfeld sein soll, sondern die Aufgabe hat, die baldige Durchführung der unerläßlichen Reformen vorzubereiten.

Eine Regierung, die ihre Zeit und ihre Aufgaben versteht, dürfte es zum Zusammentritt dieses Ausschusses nicht erst kommen lassen; sie mußte vielmehr, bevor er sich zur ersten Sitzung versammelt, dem Reichstage diejenigen Gesetzentwürfe vorlegen, die zur Beseitigung überlebter Vorrechte und zur Befreiung gebundener Kräfte notwendig sind.

Die Haltung der Herren, die kürzlich in der ersten preussischen Kammer ihrer Abneigung gegen den Fortschritt so kräftig Ausdruck gegeben haben, kann man schließlich verstehen; unsere politischen Einrichtungen sind so ganz auf ihre Interessen zugeschnitten, daß sie nichts an ihnen geändert wissen wollen. Und da sie sich darauf beschränkt haben, die Namen der Männer zu erwähnen, die den Glanz ihrer Familien begründeten, die Erbschaft ihres Verstandes aber ausgeschlagen haben, so zweifeln sie nicht daran, daß das Heil des deutschen Volkes in der Erstarrung der aus der Reaktionszeit stammenden Verfassungseinrichtungen ruht.

Nicht zu verstehen ist indes die Haltung der Männer, die zurzeit die Geschäfte des Reiches an leitender Stelle führen. Der Reichstanzler hat erkannt, welche Kräfte in dem Gedanken der Freiheit stecken. Er ist sich klar darüber, daß die Bedeutung der arbeitenden Schichten unseres Volkes für das Reich in ihren staatsbürgerlichen Rechten nicht entfernt zum Ausdruck kommt. Wiederholt hat er sich zu der Ueberzeugung bekant, daß Deutschland nur dann leben kann, wenn es eine tiefgreifende Aenderung seiner Verfassung in dem Reich und in den Einzelstaaten durchführt. Er weiß, daß unter dem Druck unserer innerpolitischen Zustände Kräfte sich nicht entwickeln können, die freigemacht werden müssen, wenn wir uns behaupten wollen.

Welche Folgerungen hat er aus dieser Erkenntnis gezogen? Derselbe Mann, der das Wort des Arbeiterdichters zustimmend zitierte, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester ist, hat im preussischen Landtag das Fideikommissgesetz vorgelegt, das eine Befestigung von Vorrechten schlimmster Art bedeutet; die breite Masse aber vertritt er auf die Zeit nach dem Kriege. Mit der Energie, die der Jagdhase immer aufbringt, wenn es gilt, die Hundstunde zu handeln zurückzuweisen, beharrt er bei der Ansicht, daß das Reformwerk vertagt werden müsse. Wenn es wahr ist, daß wir Kräfte, die in unserem Volk schlummern, bisher nicht zu wecken verstanden haben, wann haben wir sie mehr gebraucht als jetzt! Der Kanzler fürchtet angeblich von der sofortigen Inangriffnahme der Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens innere Kämpfe, die wir nicht vertragen können. Ist diese Umgestaltung, wie er zugibt, für Deutschland eine Notwendigkeit, so kann der Widerstand gegen sie nur von Männern ohne Einsicht oder von solchen geleistet werden, die die Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte für wichtiger halten als die Forderung des Gemeinwohls. Ist ein Staatsmann berechtigt, der Urteilslosigkeit und dem grenzenlosesten Klassenegoismus Zugeständnisse zu machen, noch dazu in einer Zeit schwerster Not? Und hat der Kanzler nicht Beweise dafür, daß schon die Verheißung von Reformen Stämme gegen ihn hervorgerufen hat, deren Gehässigkeit durch die Erfüllung seiner Versprechungen nicht gut gesteigert werden könnte? Kann er sich von den Zuständen der Zeit, die nach dem Kriege sein wird, ein so klares Bild machen, um sagen zu können, daß sie schwerere Auseinandersetzungen besser vertragen werden als die Periode, in der wir uns befinden? Und erkennt er nicht, daß Kämpfe nicht bloß in den Reihen derjenigen ihren Ursprung haben können, die alles beim alten lassen wollen, sondern auch von denen drohen, die davon überzeugt sind, daß die sofortige Durchführung des Reformwerkes berufen ist, einen wichtigen Faktor in der Rettung Deutschlands aus den Gefahren zu bilden, die ihm zur Zeit drohen? Was soll endlich der Stinweis auf

innere Kämpfe und die Notwendigkeit, sie zu vermeiden, noch für ein Gewicht haben, nachdem die Furcht vor ihnen die Reichsregierung nicht von der Aufhebung des Sprachenparagrafen im Vereinsgesetz und des Jesuitengesetzes abgehalten hat, die sie bis vor kurzem gleichfalls im Interesse des inneren Friedens vor Beendigung des Krieges für unmöglich erklärt hat!

Die Reichsregierung will die Führung im Kampfe um ein freies Deutschland nicht übernehmen. Der Reichstag muß zeigen, daß er unsere Zeit und ihre Forderungen besser versteht als sie. Welches sind die Aufgaben des von ihm eingesetzten Verfassungsausschusses? Er wird sich selbstverständlich nicht darauf beschränken dürfen, einen Wunschzettel aufzustellen. So schöne Dinge eine Liste von Forderungen auch enthalten würde, sie könnte durch die Bestimmungen der preussischen Verfassung von den Grundrechten der Preußen nicht übertroffen werden. Der Ausschuss muß konkrete Arbeit leisten und da man ein Haus bei den Fundamenten zu bauen anfängt, hat er sich in erster Reihe mit der Grundlage der modernen Staaten, mit dem Wahlrecht der Bürger zu befassen. Was hätte, es für einen Sinn, über das parlamentarische System zu beraten, solange seine erste Bedingung, die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung, fehlt? Wenn eine Mehrheit des Reichstages dieses System wollen wird, wird sie es haben. Gewiß soll der Ausschuss den ersten Spatenstich zur Begrabung verfallener Gesetzesbestimmungen, wie des § 153 der Gewerbeordnung, des Jugendparagrafen des Vereinsgesetzes, der Koalitionsverbote gegen ländliche Arbeiter und Gefinde tun. Gewiß soll er die auf dem Papier stehende Ministerverantwortlichkeit im Reich in eine wirkliche umwandeln helfen; seine Hauptaufgabe ist und bleibt, eine sofortige Reform des Wahlrechts im Reich und in den Einzelstaaten herbeizuführen. Ein Wahlsystem, das unseren Ansprüchen völlig genügt, muß beiden Geschlechtern Stimmberechtigung zugestehen und die Minderheiten berücksichtigen. Zum mindesten muß aber im Reich das Pluralstimmrecht beseitigt werden, das einen Wähler, der in Deutsch-Krone oder Preussisch-Holland wohnt, einen zehnmal so großen politischen Einfluß verleiht, als dem Wähler von Lettow-Beeskov, und muß in die Reichsverfassung eine Bestimmung eingefügt werden, die besagt, daß jeder Bundesstaat eine Volksvertretung haben muß, die aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorzugehen hat.

Ist die Frage, wie die Verfassung Sachsens, Mecklenburgs, namentlich aber Preussens beschaffen ist, eine deutsche Frage — und daß sie das ist, kann nicht bezweifelt werden, — so folgt daraus, daß der Reichstag sich der Lösung dieser Frage nicht entziehen darf, und dies um so mehr, als weder von den Notabelnparlamenten Preussens und Sachsens, noch von den Mecklenburger Ritterschaften erwartet werden kann, daß sie eine einschneidende Wahlreform genehmigen werden. Auf eine Reform des preussischen Wahlrechts, die einem Kompromiß zwischen den Herren von Jellich-Neufsch und Dr. Friedberg ihre Entstehung verdankt, verzichten wir. Vor einigen Jahren hat der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück namens der Verbündeten Regierungen erklärt, falls Preußen die Aufgabe, ein Wohnungsgesetz zu machen, nicht löse, werde dem Reichstag der Entwurf eines solchen Gesetzes von den Verbündeten Regierungen vorgelegt werden. Die Wohnungsfrage ist gewiß wichtig, aber gegenüber der Verfassungsfrage erscheint ihre Bedeutung gering. Wenn ein Versagen der preussischen gesetzgebenden Faktoren auf dem Gebiet der Wohnungsfrage die Reichsgesetzgebung in Tätigkeit setzen müßte, so gilt dies erst recht von der Wahlrechtsfrage — nur daß es sich bei der vollen Ausichtslosigkeit einer Lösung dieser Frage durch die rüchständigen Parlamente der Einzelstaaten erübrigt, diese „Volksvertretungen“ erst zu bemühen. Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten im Verfassungsausschuss wird es sein, von den bürgerlichen Parteien des Reichstages und den Verbündeten Regierungen zu fordern, daß sie den einzigen Erfolg versprechenden Weg zur Erneuerung der Verfassung der Einzelstaaten, den Weg der Reichsgesetzgebung sofort beschreiten. Und wenn dieses Verlangen keinen Erfolg haben sollte, dann wird die sozialdemokratische Fraktion von der Reichstagstribüne herab der arbeitenden Klasse zuzurufen haben:

Von dem guten Willen und dem gerechten Sinn der Regierung und der Reichstagsmehrheit habt Ihr nichts zu erwarten. Ihre Taten entsprechen nicht ihren schönen Worten. Macht Euch darauf gefaßt, daß mit dem Frieden der Kampf um die Freiheit nicht endet, sondern erst recht beginnt!

Vorbereitungen für Stockholm. Das Internationale Sozialistische Bureau.

Amsterdam, 1. Mai. (Eig. Drahtber. d. „Soria.“) Der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genosse Camille Huysmans, hat Ende letzter Woche die Reise nach Stockholm über See angetreten. Die gestrigen, angeblich aus guter Quelle stammenden Mitteilungen des „Recht Parisien“ über einen Zwiespalt zwischen Troelstra und Huysmans, gehören zu fieberhaften Versuchen der Entente-Kriegspartei, die Konferenz zu diskreditieren.

Die Behauptung, daß Huysmans Troelstra gezwungen habe, die Konferenz namens der holländischen Delegation anstatt namens der internationalen Exekutive auszusprechen, desavouiert nur die Protokolle des französischen Parteivorstandes und der „Humanité“, die von der falschen Vorstellung ausgehen, daß die Holländer die Kompetenz des Internationalen Bureaus usurpiert hätten.

Andererseits ist auch die Behauptung unrichtig, daß Huysmans als internationaler Sekretär lediglich zur Sammlung des Materials nach Stockholm geht. Ich kann versichern, daß Huysmans entschieden für die Teilnahme der Entente-Sozialisten an der Konferenz eintreten und alle Bemühungen für einen baldigsten allgemeinen Dauerfrieden unterstützen wird. Die Verabsicherung des „Recht Parisien“, daß die Konferenz höchstens eine Neuauflage des Zimmerwalder Manifestes fertig bringen werde, scheint höchst voreilig, zumal die Versuche, die französische Partei aufzuklären, auf direktem Wege fortgesetzt werden.

Die französische Minderheit für Aufschub.

Amsterdam, 1. Mai. Dem „Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet: Im Namen der Minderheit der „Commission administrative permanente Sozialiste“ hat Longuet die Organisatoren der Stockholmer Konferenz telegraphisch ersucht, diese bis zum 10. Juni, bis nach Verammlung des französischen sozialistischen Nationalrats, der am 27. Mai zusammentreten soll, anzuzuschicken.

Borgbjerg in Petersburg.

Der Kopenhagener „Socialdemokraten“ vom 1. Mai meldet, daß der dänische Genosse Borgbjerg nun endlich nach Ueberwindung aller Schwierigkeiten in Petersburg angelangt sei.

Nach dem 1. Mai.

Den Vorschlägen und Wahnungen folgend, die ihnen von so vielen Seiten und in so verschiedenen — keineswegs immer gut gewählten — Formen zugegangen waren, haben die Berliner Arbeiter auf die Arbeitsruhe am 1. Mai verzichtet, und wie in Berlin scheint es auch im übrigen Deutschland gewesen zu sein.

Also, es ist wieder Ruhe eingeleitet, und es ist dringend zu wünschen, daß mit den Versuchen, von zwei Seiten Teilins Feuer zu gießen, nun ein Ende gemacht wird. Wenn gewisse Leute einsehen sollten, daß die ihnen so günstig schwebende Gelegenheit vorüber ist, so wäre das sehr nützlich. Aufgereagtes Gezeiter und Geschwätzer über Gezeiteres hat gar keinen Sinn, sofern damit nicht offenkundig ultrareaktionäre Parteiziele verfolgt werden. Der Sache selbst kann durch endloses Fortspinnen des Themas nur geschadet werden.

Der Verzicht mußte den deutschen Arbeitern um so schwerer fallen, da ihre österreichischen Genossen bekanntlich eine andere Haltung einnahmen. Auch in Österreich sollte auf die Arbeitsruhe verzichtet werden, wie die dortige Arbeiterpresse uns Mitte April mitgeteilt hatte. Ende April kam dann überraschend der Beschluß, daß gefeiert werden würde. Dazu veröffentlichte die Wiener „Arbeiterzeitung“ einen Aufruf, in dem es hieß:

Wir wollen, daß unser Einschluß nach seiner Richtung einer Mißdeutung verfallt, und darum haben Parteivorstand und Gewerkschaftskommission beschlossen, daß die Arbeit am 2. Mai ordnungsgemäß wieder aufgenommen wird. Die österreichische Kundgebung stimmt mit der ungarischen überein. Sie geht über die Entschiedenheit unserer reichsdeutschen Bruderpartei hinaus. Dieser Unterschied kann und muß keinen heizen. Im Augenblick herrscht an allen unseren Fronten Ruhe, die Deutschen im Reich aber bestehen an der Westfront den furchtbaren, mörderischen und verwerflichen Kampf der Geschichte, einen Kampf, der vor allen anderen ungeheure Rüstungsmittel verbraucht. Die Arbeiterdiktatur Österreich-Ungarns bemüht in der Arbeitsruhe die augenblickliche Wunde der Kriegslage.

Ein Versuch, zwischen Deutschland und Österreich einen Gegenstoß zu konstruieren, wäre nach diesen Feststellungen unseres Wiener Bruderblattes hinfällig. Andere Länder, andere Mittel, das Ziel aber ist das gleiche.

Der 1. Mai 1917 ist vorüber, daß aber der 1. Mai 1918 unter ganz anderen Umständen gefeiert werden wird, nehmen wir alle für sicher. Darum bitten wir gewisse Gesellschaften, sich wieder zu beruhigen.

Der Kampf um den Frieden geht weiter fort unter Vermittlung von Mitteln, die die Verteidigung des Landes zu schädigen geeignet sind. Für Deminganten sind keine Geschäfte zu machen!

Oesterreichs Maibeschluß.

In den Besprechungen, die gestern in Oesterreich stattfanden, wurden — in Wien allein 22, im übrigen Niederösterreich 11 — Punkte überall eine Entscheidung angenommen, die fast ausschließlich die Erfüllung der Bedingungen zum sofortigen Frieden ohne Eroberung und ohne Demütigung irgend eines der kriegsführenden Länder betraf und Einspruch erhebt gegen jede Verlängerung des Blutvergießens und der Vernichtung von Menschenleben und Völkern.

Mit Genehmigung werden die bindenden Erklärungen der gemeinsamen Regierung Oesterreich-Ungarns zur Kenntnis genommen, daß dieses Reich den Krieg nur zu seiner Verteidigung führe und zu einem ehrenvollen Frieden ohne Eroberung bereit sei; das unbedingte Bestehen an diesen Erklärungen als die notwendige Voraussetzung erfolgreicher Friedensverhandlungen wird nachdrücklich gefordert.

Die Entschleunigung begrüßt man weiter die internationalen sozialistischen Friedensbestrebungen und erklärt sich für die Aufrechterhaltung eines neuen europäischen Völkerrechts und einer neuen, auf der Freiheit und brüderlichen Solidarität aller Völker beruhenden europäischen Staatengemeinschaft.

Pétain und Rivelle.

Die Ernennung des Generals Pétain, der als Verteidiger Frankreichs einen Namen hat, zum Generalstabschef, steht zweifellos — die Kommentare französischer Blätter beweisen es — mit dem Wunsch der Hoffnungen in Verbindung, die an den Durchbruchversuch geknüpft wurden. In der Kammer drohte eine Interpellation Dalbiez, und die Vermutung hat sich, daß Pétains Ernennung befehligen worden ist, um der zu erwartenden Debatte die Schärfe zu nehmen.

General Pétains Berufung verdrängt seinen anderen Kriegsführer von seinem Posten. General Rivelle, auf den die Anklagen wegen des gescheiterten Durchbruchs fallen müssen, bleibt an der Spitze der Durchbrucharmee, aber Pétain wird ihm beigeordnet und vorgezogen. Der militärische NPR-Mitarbeiter schreibt über die Ernennung:

General Pétain, der jetzt zum besonderen Generalstabschef beim Kriegsministerium ernannt worden ist, gilt als einer der ersten Strategen des heutigen Frankreichs, wenn auch vorübergehend sein Ruf durch seinen Nachfolger an der Spitze, den General Rivelle, verdrängt worden ist. War es doch Rivelle, der im Augenblick, wo die große Offensive begann, aus Verbund wieder abtrat und dem Inzwischen zum Befehlshaber der Armee des Zentrums ernannt Pétain als Oberkommandierenden und Nachfolger Koffers vorgezogen wurde. Rumor scheint das Verhältnis ein umgekehrtes zu sein, denn die Berufung Pétains als oberster Generalstabschef kann keinen anderen Zweck haben, als die nach Ansicht des französischen Parlaments fehlende und unerlässliche Kontrolle über die militärische Leitung herzustellen. Die Aufzeichnung Pétains läuft also im Grunde auf eine scharfe Rüge Rivelles hinaus.

Der „Matin“ nach hat indes Rivelle selbst seit geraumer Zeit die Erziehung eines Generalstabs mit sehr ausgebreiteter Befugnis beim Kriegsministerium als permanenten Band zwischen Kriegsminister und Armee teils gewünscht. Das widerspricht also der Auffassung, es handle sich bei der Berufung Pétains um eine schärfere Kritik an Rivelles Leistungen. Beide Generale sollen nach dem „Figaro“ und dem „Echo de Paris“ ganz einer Meinung sein. „Information“, die in letzter Zeit die Schaffung eines Obersten Generalstabs empfohlen hatte, führt aus, daß das neue Organ über allen Stufen und Dienststellen stehen müsse. Es müsse die nötige Kapazität haben, um die Probleme zu studieren und die Lösungen anzugeben und zu sichern. General Pétain, der das Vertrauen der Armee besitzt, werde unter seiner Leitung wirklich befähigte Männer zu probieren wissen.

Man kann verstehen, daß die französischen Politiker zurzeit bemüht sind, die harte Ruhe, die Rivelle finden sollte, nicht zwischen den Fingern noch härter zu machen. Durch die Einführung des neuen Amtes ist man einem Personenwechsel ausgewichen, der, wie das „Echo de Paris“ schreibt, das Zugeständnis wäre, daß bei den letzten Kriegsoptionen Irrtümer begangen wurden. Dies offene Zugeständnis soll offenbar vermieden werden.

Englands riesige steuerliche Leistung.

„Handelsblad“ meldet aus London: Bonar Law wird am Mittwoch den Etat einbringen. Die Staatseinkünfte betragen im letzten Jahre 573 Millionen Pfund Sterling und werden in diesem Jahre vielleicht 600 Millionen Pfund (12 Milliarden Mark) gegen ungefähr 3,6 Milliarden Mark im Frieden) betragen. Damit werden etwa 30 Proz. der vermutlichen Ausgaben gedeckt werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Einkommensteuer noch weiter erhöht werden wird. Vielmehr wird man bestimmte Klassen, wie namentlich die Reichen, deren Gewinne außerordentlich groß sind, härter belassen.

Bisher hat England die ungeheure Steigerung der Staatseinnahmen vorwiegend durch eine ehemals als unglaublich verhängene Erhöhung der direkten Steuern erreicht. Erst nachdem die bestehenden Klassen dem Staate gezinst haben, kommen die ärmeren an die Reihe.

Amerika nimmt die deutschen Schiffe.

Neuer meldet aus Washington: Der Senat hat einstimmig einen Beschluß gefaßt, der die Regierung ermächtigt, die feindlichen Schiffe in amerikanischen Häfen in Besitz zu nehmen und sie unter der Kontrolle des Schiffsführers zu verwenden.

Daß dieser Beschluß voraussehen war, hat die Bestätigung der Schiffsmaschinen in der Stunde, als Amerika die Beziehungen mit Deutschland abbrach, bewiesen.

Lyoner Blätter melden aus New York: Das Marine-Departement beschloß, die Ausbesserungen an dem Dampfer Vaterland der Hamburg-Amerika-Linie in Liverpool vorzunehmen zu lassen, da die Größe des Schiffes eine Ausbesserung in New York nicht zulasse. Zweitausend amerikanische Mechaniker werden nach Liverpool geschickt werden, um bei den Ausbesserungen behilflich zu sein.

Wie neulich gemeldet wurde, ist der Hafen von Liverpool wegen Minenfahrer gesperrt worden. Die Lyoner Meldung dürfte also nicht in allen Teilen stimmen. Nur soviel wird zunächst richtig sein, daß die deutschen Schiffe glücklicherweise in einem Zustande sind, der der amerikanischen Sehnacht nach Schiffsraum ganz und gar nicht entspricht.

Fortdauernde Artillerieschlacht von Soissons bis zur Champagne — Große französische Angriffe zwischen Proves und Auberville scheitern — Artilleriekampf beiderseits der Scarpe.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 1. Mai 1917. (W. T. Z.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Arras blieb die Kampftätigkeit der Artillerie auf beiden Scarpe-Ufern wechselnd stark.

Vorwärts unserer Kampflinie bei St. Quentin finden täglich keine Geschehnisse unserer Sicherungen mit den Fortruppen der Gegner statt. St. Quentin liegt oft unter Feuer; gestern erhielt die Kathedrale fünf Treffer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne, am Aisne-Marne-Kanal und in der Champagne zwischen Sillery und der Suippes-Niederung dauerte die Artillerieschlacht mit wenigen Unterbrechungen an; zwischen Soissons und Reims war sie vor allem gegen Avesnes festig. Rechts bei Berry au Bac, am Brimont und östlich von Courcy vorstehende Erkundungsabteilungen der Franzosen wurden zurückgeschlagen.

In der Champagne steigerte sich am Vormittage das Feuer zu Hundstanger, härtester Wirkung.

Bald nach Mittag setzte zwischen Proves und Auberville der französische Angriff ein. Frische Divisionen waren herangeführt, um und die Höhenstellungen südlich von Raucour und Maronvillers zu entreißen.

Der Ansturm ist am zähen Widerstand unserer Truppen gescheitert; nach hartem, hin- und herwogenden Ringen sind die dort kämpfenden bairischen, sächsischen und brandenburgischen Regimenter in vollem Besitz ihrer Stellungen. Der Feind hat schwere Verluste erlitten.

Ein zweiter Angriff, abends südlich von Raucour vorbereitend, vermochte an dem Misserfolg nichts zu ändern.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Spanien verbietet die ErzAusfuhr.

Bern, 1. Mai. Lyoner Blätter melden aus Madrid: Die Eisen- und Metallausfuhr ist verboten worden. Der Finanzminister erklärte, die Regierung müsse eine Bestandsaufnahme hinsichtlich des Bedarfs des nationalen Marktes vornehmen. Je nach Ausfall derselben werde das Verbot beibehalten oder abgeändert werden.

Der Petersburger Rat und die Front.

Petersburg, 30. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung hatte bekanntlich erklärt, daß die Petersburger Garnison weder aus der Stadt herausgezogen, noch an die Front geschickt werde, vielmehr jederzeit bereit sein solle, jedem Versuch einer Gegenrevolution in der Hauptstadt oder anderswo entgegenzutreten. Heute hat der Rat der Arbeiter- und Soldatenvertreter angeordnet, daß gegen den Feind kämpfende Heer durch weitere Truppenhilfe und durch Militärtechniker zu ergänzen, beschloß, daß die Petersburger Garnison nach Bedürfnis verschiedene taktische Einheiten mit Erlaubnis des Rates in jedem Einzelfalle an die Front geschickt werden können.

In Petersburg hat sich ein allgemeiner Bund von Arme- und Marine-Offizieren gebildet, zu dem Zwede, der Obersten Heeresleitung die Neuordnung des Heeres auf den neuen Grundlagen zu erleichtern, seine Kampfkraft zu erhöhen und den Krieg bis zum Siege durchzuführen.

Die Polen der Duma.

Haag, 30. April. Das Polnische Prosbureau meldet, daß polnische Abgeordnete in der Duma und die polnischen Mitglieder des Reichsrats ihre Mandate niedergelegt haben.

Sozialisten Argentinien und der Krieg.

Buenos Aires, 1. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Der Kongreß der Sozialisten hat sich nach stürmischer Sitzung mit 4210 gegen 3557 Stimmen für unbedingte Neutralität ausgesprochen.

Der Krieg auf den Meeren.

Seesperre und Versenkungen.

London, 30. April. Neuer meldet, daß der amerikanische Dampfer Bacum am 28. April von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Der erste Offizier und 17 Mann, darunter auch amerikanische Marineartilleristen, wurden gerettet. Ein Boot mit dem Kapitän und der übrigen Mannschaft sowie einem Marineoffizier und 9 Marineartilleristen wird vermisst.

Kopenhagen, 30. April. „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Die norwegische Handelsflotte hat in der letzten Woche einen größeren Verlust zu verzeichnen gehabt als in jeder früheren; 23 Schiffe mit zusammen 86 000 Gr.-Reg.-T. sind versenkt worden, oder durchschnittlich täglich drei Schiffe mit zusammen 5000 Gr.-Reg.-T.

Haag, 30. April. Die Niederländische Telegraphen-Agentur erzählt, daß die holländische Warf Kroole, die am 25. April ausgefahren war, auf eine Mine gelaufen ist; von den 14 Mann der Besatzung wurden zwei getötet, von denen einer gestern in Hoek van Holland angekommen ist.

London, 30. April. (Neuer.) Ein Dampfer der Jeeland-Linie traf heute mittag als erstes Schiff der neuen Linie Holland-Southwold, für die die deutsche Regierung sichere Fahrt gewährt hat, in Southwold ein.

Draufheim, 1. Mai. „Dagsposten“ erzählt aus Verlaabag: Der russische Dampfer Olga Akrida, 2400 Tonnen, von Newcastle nach Kola mit Kohlen unterwegs, ist 80 Seemeilen vor dem Nordkap versenkt worden. Das U-Boot war ein solches der allerneuesten Art. Der Kapitän erklärte, es befänden sich 16 U-Boote zwischen dem Nordkap und der Kurmauküste.

London, 1. Mai. Der Marinefachverständige Hurd schreibt im „Daily Telegraph“: Aus der letzten Veröffentlichung der Admiralität geht hervor, daß der Feind in einer einzigen Woche

Gestern wurden 22 feindliche Flugzeuge im Luftkampf, drei durch Flugabwehrkanonen abgeschossen.

Drei unserer Kampfeinsitzer griffen eine Gruppe von fünf französischen Zersplitterern nordwestlich von Reims an und brachten sie sämtlich brennend zum Absturz.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

In mehreren Frontabschnitten forderte russisches Artilleriefeuer unsere Gegenwirkung heraus.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen und westlich des Bardar hat in den letzten Tagen lebhaftes Feuer angehalten.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, amlich, 1. Mai abends.

Bei Arras, an der Aisne und in der Champagne für uns günstiger Artilleriekampf.

Bei Vens, Monchy und Fontaine (Ardennes) sowie bei Ceruy (Aisne) scheiterten englische und französische Teilangriffe.

Vom Osten nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Mai 1917. (W. T. Z.) Amlich wird veröffentlicht:

Auf allen Kriegsschauplätzen keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 29. April abends besetzte ein unserer Seeflugzeuggeschwader das Paradenlager und andere militärische Objekte von Vila Vicentina mit gutem Erfolge mit Bomben und beobachtete mehrere Brände. Alle Flieger sind zurückgekehrt. Ein darauf folgender Angriff zweier feindlicher Flugzeuge auf Orte bei Triest hatten keinerlei Erfolg.

Stoffkommando.

35 britische Schiffe versenkt habe. Diese Tatsache hat die Aufmerksamkeit in der nachdrücklichsten Weise auf das Kriegsschauplatz gelenkt. Die Nation wurde an ihre Abhängigkeit von der Seeherrschaft erinnert, und es ist nur begreiflich, daß sie den lebhaftesten Wunsch fühlt, zu erfahren, ob unsere Seemacht sowohl als defensive als auch offensive Waffe in der vorteilhaftesten Weise verwendet wird.

Amsterdam, 1. Mai. Ein hiesiges Blatt meldet aus Amuiden, daß die norwegische Warf Telefoon von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist.

Keine Kriegsgefangenen mehr in der Feuerzone.

Amlich wird mitgeteilt: In Frankreich wurden, wie bekannt, deutsche Kriegsgefangene seit dem Sommer 1916 im Operationsgebiet, zum Teil sogar in der Feuerzone bei unwürdiger Unterbringung und Behandlung zu völkerrechtswidrigen Arbeiten gezwungen.

Deutsche Proteste blieben erfolglos. Daher schritt die deutsche Heeresverwaltung Mitte Januar 1917 zur Vergeltung. Mehrere tausend französische Kriegsgefangene wurden in die Feuerzone übergeführt und den gleichen Bedingungen unterworfen, wie die Kriegsgefangenen Deutschen hinter der französischen Front. Frankreich war diese Gegenmaßregel angedroht und dabei mitgeteilt worden, daß sie in Kraft bleiben würde, bis alle deutschen Kriegsgefangenen mindestens 30 Kilometer hinter die Front zurückgenommen wären, wo sie nicht mehr durch deutsches Feuer gefährdet sind.

Die Gegenmaßregel hat ihren Zweck erreicht. Die Die Gegenmaßregel hat ihren Zweck erreicht. Die französische Regierung hat die deutsche Forderung angenommen und erklärt, daß die Rückführung aller deutschen Kriegsgefangenen auf 30 Kilometer hinter die Front am 1. Mai beendet sein werde. Daraufhin veranlaßte die Heeresverwaltung, daß gleichzeitig die französischen Kriegsgefangenen auf mindestens 30 Kilometer hinter die Front abtransportiert werden.

Der französische Ansturm bei Proves.

Berlin, 1. Mai. W. T. Z. Der unter schweren Verlusten für die Franzosen gescheiterte neue große Angriff in der Champagne am 30. April wurde durch schweres Artilleriefeuer vorbereitet und mit mehreren Teilvorstößen gegen den Hoch- und Keilberg eingeleitet, die indessen alle blutig abgewiesen wurden. Die mit Sturmtruppen aufgefüllten französischen Gräben wurden an vielen Stellen dieses Frontabschnittes unter härtesten Vernichtungsfeldern genommen, so daß die Franzosen schon vor dem großen Hauptangriff schwere Verluste hatten. Nach einer erneuten Feuerlinie von größter Heftigkeit erfolgte nachmittags 2 Uhr der geschlossene französische Hauptangriff gegen die Höhenstellungen nördlich Proves bis westlich Baudesicourt. In einer Breite von 11 Kilometern gingen frische französische Kräfte mit harter Wucht gegen unsere Stellungen vor. Durch unsere Feuerwirkung wurden die Sturmtruppen an vielen Stellen schon während des Vordringens zusammengetrieben, vernichtet oder zur Umkehr gezwungen. An anderen Stellen, wo die Franzosen in unsere Gräben einzudringen vermochten, wurden sie im Nahkampf, mit Handgranaten und durch unsere Gegenkräfte sofort wieder geworfen. Im ersten Anprall der kräftig vorstößenden französischen Massen war der 4 Kilometer nördlich Proves gelegene Hochberg verloren gegangen. Unsere Kolonnen gingen zu einem sofortigen Gegenangriff vor und nahmen dem sich verzweifelnd wehrenden Gegner den Hochberg wieder ab. Sie trugen den Gegenangriff über die eigenen Stellungen hinaus und brachten dem Gegner blutige Verluste bei. Auch am Hochberg erlitten die Franzosen eine schwere Niederlage. Nach wiederholten wütenden Feuerwellen versuchte der Feind am späten Abend und in der Nacht durch Gasgas rasch herangeführter frischer Kräfte das Schicksal des Schlachttages zu seinen Gunsten zu wenden. Trotz größter blutiger Opfer und ungeheurer Munitionseinfuhr scheiterten auch diese Angriffe vollkommen. Es existierten hin- und herwogenden Kämpfe ist unsere Infanterie in vollem Besitz ihrer bisherigen vorderen Linie.

Auch dieser neue französische Angriff endete mit einer schweren Niederlage der Franzosen.

An der Aisne zerstückten die französischen Angriffe in Teilkampfhandlungen, die für uns erfolgreich verliefen.

Im Raume von Arras

unternahm die ermatteten Engländer am 30. April keine größeren Angriffe. Unter wirksamer Vernichtungsfeldern hielt die englischen Sturmtruppen in ihren Gräben nieder. Nur gegen unsere Stellung

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Konferenzen der Bergarbeiter.

Im Ruhrgebiet fanden am 29. April vier Konferenzen des Bergarbeiterverbandes statt, in denen die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter besprochen wurde. An den Konferenzen nahmen teil insgesamt 384 Funktionäre, und zwar an der Konferenz in Dortmund 141, in Bochum 129, in Wanne 113 und in Mülheim 102. Es wurde dort folgende Resolution angenommen:

Die Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erkennt an, daß die Vertretungen der Gewerkschaften sich rechtzeitig und andauernd bemüht haben, mit den zuständigen Behörden die Ernährungsfragen der Industriebeschäftigten möglichst gut zu regeln, verfehlte auch nicht, daß jetzt die obersten Zivil- und Militärbehörden den ersten Willen zeigen, mit den vorhandenen, durch die feindliche Handelsblockade und mangelhafte Ernte recht knapp gewordenen Lebensmitteln die Industriegebiete nach Möglichkeit zu versorgen. Die bisherigen Maßnahmen haben dies Ziel nicht erreicht. Die Konferenz fordert aber auch von allen unteren Verwaltungsbehörden, daß sie gewerkschaftlich organisierte Arbeitervertreter zu den für die Regelung der Lebensmittelverteilung und der Preisfestsetzung berufenen Kommissionen als Mitwirkende heranziehen, damit die Arbeiter nicht fortlaufend über den Stand der Lebensmittel- und Preisfrage unterrichtet ist und so dem durch die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt begründeten Glauben der Arbeiterschaft, sie werde nicht im gerechten Verhältnis zu den vorhandenen Lebensmitteln versorgt, der Boden entzogen wird. Dementsprechend fordert die Konferenz die Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse bei der Lebensmittelverteilung auf den Lehen.

Die Konferenz erklärt weiter, daß durch die Wertepresse fast übertriebene Vorstellungen über die Löhne der Bergarbeiter verbreitet werden. Wenn auch seit Kriegsbeginn die Löhne eine absolut ansehnliche Steigerung erfahren haben, so ist doch der nun tatsächlich ausgezahlte Lohn für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter zweifellos viel zu gering, weil der Geldwert infolge der kolossalen Preissteigerung für die notwendigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel außerordentlich viel stärker fiel, als die Löhne stiegen. Darum ist auch ein durchschnittlicher Schichtlohn von 10,50 M., wie er vor mehreren Schlichtungsausschüssen für Hauer und Lehbauer vereinbart wurde, gegenwärtig nicht als ein „hoher Lohn“ zu bezeichnen. Dabei bleibt die große Mehrheit der Belegschaft noch immer weit unter diesem Lohn, was gleichfalls neben den Nahrungsfragen die Belegschaften beunruhigt. Da es in dieser Zeit erst recht nicht auf eine reichliche Vergütung des Unternehmungsrisikos, sondern vor allem auf die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft ankommt, so liegt unsere Forderung, alsbald eine Aufbesserung der Löhne, namentlich eine erhebliche Erhöhung der weit unter dem genannten Satz von 10,50 M. bleibenden Schicht- und Bedingelöhne eintreten zu lassen, durchaus im vaterländischen Interesse.

Deshalb ist es dringend erforderlich, daß für alle Heber-, Neben- und Sonntagsarbeiten ein Aufschlag von 30 Proz. bezw. 60 Proz. gezahlt wird, wie das die vier Verbände in ihrer Forderung vom 7. Februar bereits gefordert haben.

Die Tabakarbeiter zur Tabaksteuer.

Die vom Reichsamt des Innern verfügte Einschränkung der Tabakverarbeitung hat unter den hiesigen Tabakarbeitern des ländlichen westfälischen Tabakindustriebezirks große Aufregung verursacht.

Am Sonntag, den 29. April, hatten sich im Stadtpark zu Wände 1500 Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen versammelt. Nach einem Referat des Leiters des Tabakarbeiterverbandes für Westfalen und Lippe, Schäfer, wurde einstimmig beschlossen, das Reichsamt des Innern dringend zu bitten, eine andere Art der Tabaksteuer nach den Vorschlägen der Verbände der Tabakarbeiterverbände vorzunehmen.

Hoffentlich tritt das Reichsamt des Innern schleunigst mit den Verbänden der Tabakarbeiterverbände in Verbindung. Diefelbe Einschränkung kann durchgeföhrt werden, ohne daß die hiesigen, an ihren kleinen ländlichen Besitz gefesselte Tabakarbeiter schmerzlos gemacht wird.

Eine Konferenz der westfälischen Tabakarbeiter, die von Delegierten aus fast allen Orten des Tabakindustriebezirks besucht war, hat das Reichsamt des Innern in Berlin um eine andere Regelung der Einschränkung der Tabakverarbeitung am 1. Mai 1917 telegraphisch gebeten. Die Konferenz wünscht, daß die Vorschläge der Tabakarbeiterverbände berücksichtigt werden.

Versammlungen in Spenke und B. 10. 10. haben sich ebenfalls am 12. April 1917 gewandt. — Die Tabakarbeiter verlangen Reichsunterstützung für die Arbeitslosen. Mindestens 10.000 Personen würden bei strenger Durchführung der Verordnung arbeitslos werden.

Berlin und Umgegend.

Für Beibehaltung des Siebennuhr-Ladenschlusses.

Der Transportarbeiterverband hatte am Freitag eine Versammlung der Handelsbühnenarbeiter einberufen, die als Demonstration gegen die bis vor kurzem bestandene Gefahr der Aufhebung des Siebennuhr-Ladenschlusses geplant war. Bekanntlich ist diese Gefahr inzwischen geschwunden, da der Bundesrat nunmehr endgültig die Beibehaltung des Siebennuhr-Ladenschlusses beschlossen hat. Deshalb beschränkte sich denn auch der Referent, Reichstagsabgeordneter Stahl, darauf, seiner Genugtuung über diese Entscheidung der Ladenschlussfrage namens der im Handelsgewerbe tätigen Arbeiter Ausdruck zu geben und die Erwartung daran zu knüpfen, daß der Siebennuhr-Ladenschluss nicht nur eine Kriegsmassnahme bleibe, sondern als dauernde Einrichtung in die Friedenszeit hinübergenommen werde. Ferner betonte der Referent, daß die im Handelsgewerbe Beschäftigten an ihrer weitergehenden Forderung des freien Sonnabendnachmittags festhalten und daß sie sich einmütig dagegen wehren würden, wenn später etwa der Nachruhr-Ladenschluss wieder eingeföhrt werden sollte.

Eine im Sinne des Referats gefasste Resolution wurde einstimmig angenommen.

Weitere Forderungen in der Frage des Siebennuhr-Ladenschlusses.

Unter ungeheurem Andrang tagte am Montag eine vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufene öffentliche Versammlung im Musteraal, Kaiser-Wilhelm-Straße. Sie nahm den Bericht der Kommission entgegen, welche die vorige Versammlung mit ihrem

Resolution für den Siebennuhr-Ladenschluss zum Bundesrat entsandt hatte. Die der Referent Schmidt ausführte, hat die Kommission am Donnerstag eine Unterredung mit einem Beauftragten des Bundesrats gehabt, der ihr mitteilte, daß sich der Bundesrat für die geforderte Beibehaltung des Siebennuhr-Ladenschlusses entschieden hat. Die Kommission begründete dann die weiteren Forderungen der Handlungsgehilfen: Ausdehnung des Siebennuhr-Ladenschlusses auf die Lebensmittelgeschäfte und auf den Sonnabend. Der Vertreter des Bundesrats sagte, das sei eine Angelegenheit, die nur im Wege der Gesetzgebung geregelt werden könne. Er gab der Kommission anheim, Anträge in dieser Hinsicht einzubringen. Das soll dem auch geschehen.

Nach einer regen Aussprache nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die Versammlung der Handlungsgehilfen nimmt Kenntnis vom dem Bericht ihrer Kommission, wonach der Bundesrat davon Abstand genommen hat, die geltenden Bestimmungen über den Siebennuhr-Ladenschluss für die Dauer der Sommerzeit aufzuheben, und erklärt, daß dies nicht die volle Befriedigung ihrer Wünsche darstellt. Sie richtet daher an den hohen Bundesrat sowohl als auch an den hohen Reichstag die Bitte, den durch die Verlesammung vom 11. Dezember 1916 eingeföhrteten Siebennuhr-Ladenschluss auf alle offenen Verkaufsstellen, also auch die Lebensmittelgeschäfte, sowie auf den Sonnabend auszuweiten und den Siebennuhr-Ladenschluss zu einer dauernden Einrichtung auch für die Zeit nach dem Kriege zu machen. Sie erwartet von einem hohen Bundesrat, daß er nunmehr den berechtigten Wünschen der Angestellten so schnell wie möglich Rechnung trägt.

Berichtszeitung.

Der „Schöne Handel“. Die Bochumer Straßammer verurteilte den Händler Bernhard Knippers wegen Kriegswucherers zu 1000 M. Geldstrafe (700 M. beantragt). Der Angeklagte hatte 40 Kisten Apfelsinen mit 28 M. eingekauft und diese zu 45 bis 55 M., also mit einem Gewinnanfahlag bis zu 107 Proz. gleich weiterverkauft. Weigelt, der ihm 10 M. der Zentner kostete, veräußerte er gleich wieder zu 15 M. Der Angeklagte hatte sich geröhmt, er habe keine es den Dummen zu arbeiten und es ginge nichts über einen schönen Handel. Er hätte an einem Tage über 1600 Mark verdient. Der Staatsanwalt hatte das unerhörte Treiben des Angeklagten, gegen den allein 15 Verfahren wegen Kriegswuchers schwebten und der geradezu auf die Dummheit der Leute spekuliert habe, in der schärfsten Weise gebrandmarkt. Die Händlerin Neuling, die ihm den Weigelt zu 10 M. verkauft hatte, obwohl er ihr bloß 7 M. kostete, erhielt 100 M. Geldstrafe.

Jugendvereingung „Sportfreunde“. Neutöln. Die dritte Schülerrinnen-Abteilung wurde wegen Uebervollung geteilt werden. Die Jüce I-III (Mädchen im Alter von über 11-14 Jahren) turnen jetzt freitags von 6-8 Uhr, die Jüce IV und V (6-11 Jahre) Sonnabends von 6-8 Uhr in der Turnhalle der Mittelschule Donaustr. 120/127.

Verantwortl. Redakt.: Dr. Franz Diederich, Berl.-Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neutöln; für Anzerate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Stieru I Beilage und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Der Geizige.
Donnerst. 7 1/2 Uhr: Tobias Buntschuh.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Fasching.
Donnerst. Fasching.
Volksbühne, Theat. a. Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Die Ratten.
Donnerst. Volk in Not.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. C. Meinhart - R. Bernauer.
7 1/2 Uhr: Erdgeist.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

Theater für Mittwoch, den 2. Mai.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Die toten Augen.

Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Geb. Herrfeld-Theater.
7 1/2 Uhr: Ehe-Urlaub.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.

Komische Oper
7 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.
20 Min.: Die Dose Sr. Majestät.

Lustspielhaus
8 Uhr: Die blond. Mädel v. Lindenhol.

Metropol-Theater
7 Uhr: Die Czardasfürstin.
10 Min.: Die Czardasfürstin.

Rose-Theater.
Sam. 25. Male: Das Finkelkind.
7 1/2 Uhr: Das Finkelkind.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Cigarren, Cigaretten, Rahtabake
Ernst Borch, Flanzenstr. 21.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Kant. Meissner- u. Römertank-Kell.
6.25 Barockstr. 3a, Fernsp. Egst. 13708

Bade-Anstalten
Neukölln
Central-Bad
Anzengruberstr. 25.
Koppenstr. 93
sämtliche Bäder.
Passage-Bad
Kottbuser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte
In allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Geüffnet 1892.

F. Kienewetter, Schilddammstr. 14.
G. Meier, Grünbergstr. 27.

Essing-Theater.
7 1/2 Uhr: Madame Legros.
Donnerst. Peer Gynt.
Freitag: Madame Legros.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der Kammerjäger.
Comessa Mizz. I. Klasse.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr:
Geheimrat Professor Dr. Selbst:
Die Aushungerung Englands.

Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a, Kassentel.: Nord. 231.
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Warsch. Zitadelle.

Schiller-Theater O
Z. L. M.
7 1/2 Uhr: Der Tartuff. Sganarell.

Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: Der Bibliothekar.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Das Vagabundenmädel.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: Die Räuber.

Theater des Westens
Z. L. M.
7 Uhr: Stolze Thea.

Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Jägerblut.

Erscheint 2 mal
wöchentlich.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
Lachau, Gr.-Lichterf., Chamissostr. 153

Bandagen, Gummw.
R. Banke, Sirlauer Str. 54.
R. Kaus, Kassantelstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 106

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram

Zirkus A. Schumann
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das vollständ. neue Programm.
Labero
Das Räffel der Welt!
und die übrigen
großen Schlager.
Außerdem: Noch kurze Zeit
Die Seeräuber
Pantomime in 4 Akten.

Spolito
FRIEDRICHSTR.-AN-DEK-KOOSTR.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Cabaret „Feldgrau.“
Anfang 7 1/2 Uhr.
Für Militärpers. an
den Sonntagen
vollkommen freier
Eintritt zu den
Stettiner Sängern.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82
Zimmerstr. 90/91.
Nur noch
wenig Tage
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leitor: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf.
An allen
Wochentagen
Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt
und voller Orchesterbesetzung.

NATIONAL-THEATER
7 1/2 Uhr: Größter Lacherfolg.
Studentenlieben.
Hoffe mit Gelang u. Lang in 3 Akt.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Jugend.
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

WINTERGARTEN
Kurzes Gastspiel:
Joseph
Plaut
dazu der
glänzende
Mai-Spielplan!

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2
Gastspiel der Schlierseer
mit Xaver Terofal.
„St. Georg, der Drachentöter.“
Morgen dieselbe Vorstellung.
Sonntag 8 1/2:
„Der Herrgottschnitzer“

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2
Gastspiel der Schlierseer
mit Xaver Terofal.
„St. Georg, der Drachentöter.“
Morgen dieselbe Vorstellung.
Sonntag 8 1/2:
„Der Herrgottschnitzer“

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Urogen und Farben
Werner-Urogenic, Brit. Belvedere 1a
Essigfabriken
Timmer-Essig
Überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh. Harm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinstr. 69-69
Fleisch- u. Wurstwarenfabrik
Willy Gerike, Potsdamerstr. 31
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 26
Herron- u. Knabengard
Kasselerstr. 25, Ecke
Prinzen-Allee
Leske & Slupecki, Schönl.-Allee 7
Rosenhallerstr. 3
Falkisch & Co. Eckhaus Linienstr.
Kolonialwaren
Adam Schmitz, Schillingstr. 11.

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Viktoria-Theater
Kottbuser Straße 6/7
Ab heute täglich:
Der große Kulturfilm
Es werde
Licht
5 Akte von Rich. Oswald
und Lupa Piek.
Mit Unterstützung der
Deutschen Gesellschaft
zur Bekämpfung der Ge-
schlechtskrankheiten.
Regie: Rich. Oswald.
Hauptrolle: Bernd Aldor.
Vorher:
Das vollständig neue
glänzende
Spezialitäten-
Programm.
Beginn: 5 1/2 u. 8 Uhr

Volgt-Theater.
Badstr. 58.
Badstr. 58.
Dente 7 1/2 Uhr:
Geneß für Emma Knifos u. J. Witte:
Das rote Schloß.

Casino-Theater
Lohninger Str. 37. Täglich 7 1/2, 11 Uhr.
7 1/2 Uhr: Das neue Nat-Protz.
Herboragende Spezialitäten.
8 1/2 Uhr: Stürmischer Sturm.
Großer Feiertagsbesuch
Wenn's Müllertel weht.
Sonntag 4 Uhr: Sein Pappchen.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eise.
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

Fredy-
Zigaretten zu Fabrikpreisen!
1000 Zig., Kleinvk. 1,8 Pf., 17-18 M.
1000 " " 3,0 " 24-26 M.
1000 " " 4,2 " 32-35 M.
1000 " " 6,2 " 45-52 M.
Versand nur gegen Nachnahme
von 300 Stück an.

Zigarren am Lager.
Fredy-Zigaretten-Vertrieb N.
Berlin, Brunnenstr. 17 Hof II
Geöffnet 8-7. Sonntag 12-2 Uhr.
143 L* Tel. Norden 2343.

Krampfader-
Gamasche
Nach 1921.
Dr. Ludwig Stephan
J. R. P.
Ersetzt die Venenklappen
Beseitigt die Blutstauung
Bestwährtes Heilmittel
Prospekt H
frei durch den Fabrikanten
Karl Stephan
Jisenburg a. H.

Meierei
C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
99 103 u.
Altster und größter
Milchwirtschaftlicher
= Grossbetrieb =

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Nollendorfstr. 14
Schreibwaren
O. Prochnow, Nollendorfstr. 49
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alh., Frankf. Allee 49
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Herbke, Schützenstr. 2.
Spangenberg
Schäferstr. 15, Tel. 10, 11, 12, 13

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung Dienstag, den 1. Mai 1917, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow, Senje. Die zweite Lesung des

Wohnungsgesetzes

wird fortgesetzt.

Einige Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei schlagen Zenderungen zugunsten der Selbstverwaltung der Gemeinden vor.

Abg. Girsh-Verlin (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, die Bestimmungen der Vorlage zu beseitigen, die vom Standpunkt der Selbstverwaltung aus zu schweren Bedenken Anlaß geben. Von der Einbringung von Abänderungsanträgen haben wir Abstand genommen, obwohl wir eine ganze Reihe von Wünschen hatten. Aber wir wollen das Zustandekommen des Gesetzentwurfs, der immerhin wesentliche Fortschritte gegenüber den früheren Entwürfen aufweist, nicht verzögern, weil uns trotz aller Mängel, die dem Entwurf anhaften, an einer möglichst schnellen Verabschiedung der Vorlage gelegen ist. Die Befürchtungen, die an die beschlossene Einschränkung des kommunalen Bauverbots in der Presse und in der Kommission geknüpft wurden, habe ich für übertrieben. Man muß zugeben, daß eine ganze Reihe von Gemeinden mit diesem Bauverbot doch eine Art Mißbrauch getrieben haben, indem sie es benutzten, den Untertanen zu verpflichten, nur Wohnungen von einer bestimmten Größe zu erstellen, um damit den Zugang der minderbemittelten Bevölkerung zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein wesentlicher Fortschritt ist, daß verschiedentlich durch Vorarbeiten durch die Vorarbeiten erreicht worden sind. So ist in Zukunft durch Wohnungsordnungen vorzuschreiben, daß als Wohn- und Schlafräume nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen hauptsächlich genehmigt sind. Leider ist unser Antrag nicht durchgebrungen, daß die Wohnungsordnungen bestimmte Mindestvorschriften enthalten müssen. Ein weiterer, wesentlicher Fortschritt ist, daß die gemeinschaftlichen Wohnräume für Arbeiter, die

sogenannten Arbeiterkassen,

so eingerichtet sein müssen, daß in der Regel für jede Familie ein besonderer, abschließbarer Raum vorhanden sein muß, der den allgemeinen Vorschriften an Gesundheit und Sauberkeit entspricht. Die Tatsache, daß ein großer Teil von Anträgen, die ich 1914 eingebracht hatte und die damals abgelehnt worden sind, nun von der Kommission angenommen worden sind, beweist, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit, auf dem Gebiete des Wohnungswesens schärfer als früher vorzugehen, auch in den Kreisen der Bauherren gebrochen hat, die unseren Bestrebungen bisher feindlich gegenüber gestanden haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Regierung, die noch 1914 ausdrücklich erklärte, grundsätzlich könne die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses nicht als Aufgabe des Staates angesehen werden (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), die Tragweite einer finanziellen Beteiligung des Staates an der Wohnungsfürsorge sei gar nicht abzusehen: insbesondere müßten auch die Folgen auf politischem Gebiete zu lebhaften Bedenken Anlaß geben, denn ein solches Vorgehen würde den Staat auf sozialistische Bahnen drängen — hat durch die Erfahrungen im Kriege in jeder Beziehung umgelernt. Ich freue mich über diese Wandlung der Regierungsansicht. Selbstverständlich ist, daß die Gemeinden nun nicht etwa untätig die Hände in den Schoß legen. Zweifellos werden wir nach dem Kriege in dem größten Teile Preußens mit einem

großen Mangel an kleineren und mittleren Wohnungen

zu rechnen haben. Deshalb sollte die Regierung auf das Herrenhaus einwirken, daß diese beiden Gesetze noch vor Pfingsten verabschiedet werden und sollte den Landtag nicht früher vertragen, als bis dies geschehen ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was die vorliegenden Entscheidungen der Kommission anlangt, so sind auch wir dafür, daß alles getan wird, um insbesondere das Wohnungsbedürfnis linderreicher Familien zu befriedigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies Problem hängt sehr eng mit dem Bevölkerungsproblem zusammen. Möge daher dieser Entscheidung, sei es vom Einzelstaate, sei es vom Reiche aus, möglichst bald Folge gegeben werden. Ebenso hoffe ich, daß die Regierung, wie sie das ja in der Kommission erklärt hat, in Zukunft von ihrem bisherigen fiskalischen Standpunkt abgehen wird, ihr Land nur zu sehr hohen Preisen an Gemeinden zu verkaufen, was dazu beigetragen hat, daß in einer Reihe von Großstädten der Bau von kleineren und mittleren Wohnungen nicht in der nötigen Weise gefördert worden ist. Ich erinnere an Berlin, wo in der Domäne Dablen ein Wohnbezirk für reiche Leute entstanden ist, während es möglich gewesen wäre, durch Ergreifung anderer Maßnahmen Wohnungen für die mittlere Bevölkerung dort zu schaffen.

Meine Freunde werden also, wie gesagt, ohne ihre Augen vor den offensichtlichen Mängeln der Entwürfe zu verschließen, dem Wohnungsgesetz und dem Bürgerhausversicherungsgesetz zustimmen in der Hoffnung, daß diesem ersten Schritte weitere Schritte auf dem Gebiete folgen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Sp.): Die Vorlage gibt den Ortspolizeibehörden gegenüber den Gemeinden so weitgehende Befugnisse, daß wir ihr in diesem Punkte nicht zustimmen können. Eine so bedeutende Einschränkung der Selbstverwaltung ist in keiner Weise berechtigt. Bedauerlich ist, daß auch in diesem Gesetz wieder Ausnahmeregelungen für Groß-Berlin enthalten sind. Wir bitten die Regierung dringend, endlich in dieser Beziehung eine Revision ihrer Anschauungen vorzunehmen und Groß-Berlin nicht bei jeder Gelegenheit unter ein Ausnahmegesetz zu stellen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gesetz wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Bürgerhausversicherungsgesetzes. Abg. Dr. Arendt (H.) begründet einen Antrag, wonach die gleichen Vergünstigungen, die die gemeinnützigen Vereinigungen genießen, auch auf solche privaten Grundeigentümer ausgedehnt werden sollen, die sich in jeder Hinsicht den gleichen Bedingungen unterwerfen (Kontrolle, Verhältnis von Mieter zu Eigentümer usw.).

Finanzminister Dr. Senje: Gegen den Antrag bestehen schwere Bedenken. Dem Staate erwachsen durch das neue Gesetz schwere Lasten. Die lassen sich nur bei gemeinnützigen Unternehmungen rechtfertigen, nicht aber zur Förderung privater Erwerbszwecke. Damit schließt die Aussprache.

Unter Ablehnung des Antrages Arendt wird die Vorlage angenommen, ebenso einige von der Kommission beschlossene Resolutionen.

Abg. Hef (Sp.) befürwortet eine hierzu gehörige Resolution des Zentrums auf Förderung des Kleinwohnungsbaus.

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Die beste Wohnungspolitik ist ein rascher Friede. Solange dieser schreckliche Krieg dauert, werden sich die Frauen des Proletariats hüten, Kindern das Leben

zu geben. Alle anderen Maßnahmen wie steuerliche Vergünstigungen für linderreiche Familien sind nur Palliativmittel.

Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag Aronsohn (Sp.) verlangt für die Kriegszeit bei der Eisenbahnverwaltung Schlichtungsstellen

im Sinne des Hilfsdienstgesetzes und Ausschüsse für die Angeestellten.

Abg. Delfus (Sp.) begründet den Antrag. Der Eisenbahnminister hat in anerkannter Weise den bei der Eisenbahn bestehenden Arbeiterauschüssen das Recht zugesprochen, sich auch mit Lohnfragen zu beschäftigen usw. Aber diese Ausgestaltung geht nicht weit genug. Bei den kaiserlichen Werften haben sich die Schlichtungsausschüsse sehr gut bewährt. Die Eisenbahnarbeiter empfinden es als eine Zurücksetzung, daß man sie ihnen vorenthält.

Abg. Giesberts (Z.): Im Reichstag wäre an dieser Frage beinahe das Hilfsdienstgesetz gescheitert. Man sollte doch jetzt im Kriege eigentlich gelernt haben, Vertrauen zu den Arbeitern zu haben, nachdem sie in so musterghätiger Weise ihre Pflicht getan haben.

Abg. Graef (L.) äußert Bedenken gegen den Antrag.

Abg. Graf Rolke (H.): In der sozialen Fürsorge ist kein Betrieb so vorbildlich wie die Eisenbahnverwaltung. (Zurufe links: Na, na!) Redner verliest einige Briefe von Eisenbahnarbeitern, aus denen er schließt, daß die Eisenbahner mit dem Generalstreik drohen, wenn ihnen die Schlichtungsstellen nicht gewährt werden.

Abg. Gottschall-Cöllingen: Wir halten den Antrag für geeignet, das Vertrauen zwischen Verwaltung und Arbeiter zu befestigen.

Abg. Goenisch (Soz.): Unsere Stellung zu der Frage ist aus den Verhandlungen des Reichstags bekannt. Wir halten den Antrag für spruchreif und bedauern, daß er noch einer Kommission überwiesen ist, was jedenfalls eine Verschleppung bis zum Herbst bedeutet. Durch eine solche Verschleppung kann die in großen Kreisen der Eisenbahner bestehende Unzufriedenheit nur vergrößert werden. Graf Rolke hat die von ihm verlesenen Schreiben mißverstanden. In diesen wird nur auf die große Erbitterung in den Eisenbahnerkreisen hingewiesen und betont, man solle daher nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen. Damit schließt die Debatte. Die Überweisung des Antrags an einen Ausschuss war bereits vor einigen Tagen erfolgt.

Ein Antrag des Zentrums auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Bevölkerungspolitik wird nach kurzer Debatte angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Schwerin-Löwis schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch, 13 Uhr. Mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Wohnungsgesetzes, des Bürgerhausversicherungsgesetzes, Antrag auf Vertagung des Landtags.

Abg. v. Heydebrand (L.): Nach dem Geschäftsplan sollte in diesen Tagen auch

das Fideikommissgesetz

behandelt werden. Es wäre bedauerlich, wenn es erst im Herbst erledigt wird, denn dies Gesetz, das nicht von uns, sondern von der Regierung eingebracht worden ist, hat uns schon seit vier Jahren unendlich viel Mühe und Zeit gekostet. Meine Freunde beantragen daher, es morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Mein Vorschlag ist erfolgt auf Grund der Besprechungen der Parteiführer.

Abg. Waldstein (Sp.): Unsere Anregung das Fideikommissgesetz nicht mehr zu verhandeln, hat bei allen Parteien mit Ausnahme der konservativen Wideschall gefunden. Parteipolitische Erwägungen liegen uns dabei völlig fern. (Lachen rechts.) Ich muß bitten, daß Sie meinen ernst gemeinten Worten auch Vertrauen schenken. Wir halten aber keinen Zeitpunkt für diese Verhandlungen für weniger geeignet, als gerade den jetzigen, aus Erwägungen der inneren wie auch der äußeren Politik. Sollte das Gesetz wirklich nicht zustandekommen, so wäre das das geringste Opfer dieses Krieges.

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach: Die Regierung wollte mit dem Gesetz dem Fideikommisswesen eine einheitliche Grundlage für die ganze Monarchie geben. Sie hält die Vorlage nach wie vor für zweckmäßig. Die Erwägungen des Ausschusses und des oben Gehörte lassen es aber kaum abwendbar erscheinen, daß sich bei einer Beratung des Gesetzes im Plenum Debatten entwickeln, die weit über den Rahmen der eigentlichen Vorlage hinaus auf das Gebiet der allgemeinen Politik übergreifen. Es würden dadurch Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiet der inneren Politik zum Ausdruck kommen, die in einer Zeit unbedingt zurückzutreten müßten, in der das gewaltige Ringen um Deutschlands Existenz auf den Höhepunkt angelangt ist. (Sehr richtig!) Daher hält es die Regierung für geboten, daß die zweite Beratung des Fideikommissgesetzes ausgesetzt wird, bis eine ruhigere und sachlichere Behandlung möglich erscheint. Sie hofft, daß dieser Zeitpunkt beim Wiederzusammentritt des Landtags gekommen sein wird. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Wenn im Herbst das eintritt, was der Minister gesagt hat, dürfen wir wohl erwarten, daß dann mit dem Fideikommissgesetz zugleich auch

die neue Wahlrechtsvorlage

kommt, die das Haus schon viel länger als vier Jahre beschäftigt. Sollten die Verhältnisse nicht eintreten, die der Minister in Aussicht stellt, so hoffen wir, das Fideikommissgesetz nicht wiederzusehen.

Abg. v. Heydebrand (L.): Auch uns leiten keine parteipolitischen Motive. Wir würden bei den Debatten alles tun, um Ruhe und Frieden in der Bevölkerung zu wahren.

Abg. Dr. Forst (Z.): Auch wir bedauern die Vertagung der Verhandlung des Gesetzes, stimmen ihr aber zu, um lange aufgereizte Debatten zu vermeiden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) spricht sich für die Vertagung der Vorlage auf den Herbst aus.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.): Dem Abg. v. Heydebrand gegenüber muß ich erklären, daß, wenn das zu erwartende Wahlgesetz unseren Wünschen so entspricht, wie das Fideikommissgesetz den Wünschen der Konservativen, wir versichern können, daß es bei den Debatten über das neue Wahlgesetz von unserer Seite zu keinen großen Erregungen kommen wird. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Abg. Freiherr v. Jedlik (H.) tritt gleichfalls für den Vorschlag des Präsidenten ein.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Waldstein schließt die Geschäftsordnungsdebatte.

Der Antrag der Konservativen wird gegen die Stimmen der konservativen abgelehnt. Es bleibt also bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der A. Schaaffhausensche Bankverein schreibt den Interessenten, daß die wegen des Verkaufs der Gewerkschaft Krier an die Stadt Berlin geführten Verhandlungen sich länger hinzögen als ursprünglich angenommen wurde. Nachdem mit dem Kohlenyndikat ein Einverständnis erzielt worden sei, habe der Magistrat die Vorlage

an die Stadtverordneten weitergegeben. Diese wünschten mit Rücksicht auf die Größe und Bedeutung der Vorlage eine Entscheidungsfrist möglichst bis Ende Juni. Der Schaaffhausensche Bankverein ersucht die Gewerkschaft, eine Entscheidungsfrist bis 25. Mai zu bewilligen.

In der Generalversammlung der L. Loewe-Artien-Gesellschaft wurde mitgeteilt: Der Eingang an Heeresaufträgen ist großen Schwankungen unterworfen; die Gesellschaft habe nur vorübergehend Aufträge in Munition heringenommen. Im Berichtsjahr seien etwa 60 Proz. weniger Aufträge als im Berichtsjahr 1915 eingegangen; Heeresaufträge habe die Gesellschaft überhaupt nicht bekommen. In diesem Jahre wurden einige Heeresaufträge wieder übernommen.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen beförderte (ohne die Schöneberger, Wilmersdorfer und Döhlener Bahn) im Monat April 1917 2 233 005 Personen gegen 6 478 114 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen betragen 1 248 250 M. gegen 847 668 M. Die Betriebseinnahmen betragen seit dem 1. Januar 1917 5 129 093 M. gegen 8 552 537 M. im Vorjahre. Die Hochbahn Warschauer Brücke-Lichtenberg vereinnahmte im April 1917 17 744 M. gegen 12 655 M. im Vorjahre.

Die Bruttoergebnisse der Allgemeinen Berliner Dominus-Akt.-Ges. betragen in der Zeit vom 1. bis 30. April 1917 311 561 M. (1916: 308 747 M.), seit Beginn des Jahres betragen die Einnahmen 1 184 621 M. (1 608 454).

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitverwalteten Bahnen stellten sich im April 1917 auf 5 657 075 M. (April 1916 4 743 808 M.). Vom 1. Januar bis 30. April 1917 betragen die Einnahmen 20 419 676 M., vom 1. Januar bis 30. April 1916 18 053 474 M. Bei der Großen Berliner Straßenbahn betragen im April 1917 die Einnahmen 4 563 166 M. (1916 3 796 721 M.). Vom 1. Januar bis 30. April 1917 wurden vereinnahmt 16 485 681 M., vom 1. Januar bis 30. April 1916 14 538 482 M., 1917 mehr: 1 947 148 M.

Es wird glänzend weiter verdient.

Die chemische Industrie pflückt jetzt eifrig Kriegsgewinne. Die Badische Anilin- und Sodafabrik, Mannheim, hat 1916 nach Abzügen 12 339 258 M. (i. V. 11 607 570 M.) und einschließlich des Vortrages von 2 823 875 M. (i. V. 2 827 800 M.) einen Gewinn von 26 442 616 M. (i. V. 19 882 870 M.) erzielt. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, dem außerordentlichen Reservefonds 8 Millionen (i. V. 10) und dem Kriegsgesamtenfonds 2 Millionen (i. V. 1 Million) zuzuwenden und eine Dividende von 20 Prozent sowie einen Bonus von 8 Prozent zu verteilen (i. V. 20 Proz.). — Die Chemischen Werke vorm. H. u. E. Albert in Amöneburg bei Viebich werden für das Geschäftsjahr 1916 eine Dividende von 30 Prozent (i. V. 25 Proz.) verteilen.

Gegen die Erweiterung der Gerstenanbaufläche. Ähnlich wird mitgeteilt: Aus vielen Gegenden kommt die Nachricht, daß Landwirte ihre Gerstenanbaufläche ohne zwingenden Grund auf Kosten anderer Früchte erweitern und daß auch Landwirte zum Gerstenaubau übergeben wollen, die bisher überhaupt keine Gerste angebaut haben. Darin liegt, soweit für Gerste weniger geeignete Böden in Frage kommen, eine Gefahr für unsere künftige Volksernährung. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Gerste hinsichtlich des Preises und der Ablieferungsfrist ihre bevorzugte Stellung vor dem Hafer im neuen Wirtschaftsjahre nicht behalten wird.

Groß-Berlin

Die Regelung des Handels mit Obst und Gemüse.

Eine Tagung deutscher Obst- und Gemüse-Großhändler fand am Dienstag in Berlin statt. Zweck war die Erörterung der neuen Bestimmungen über den Handel mit Obst und Gemüse.

Der Vorsitzende Dr. Schade, Syndikus des Verbandes Deutscher Obst- und Gemüse- und Südkrücker-Großhändler, äußerte in seiner Begrüßungsansprache die Hoffnung, daß man dem Handel mehr Bewegungsfreiheit zubilligen werde. Das Wort ergriß dann Oberregierungsrat v. Tilly, Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse: Dem Handel die mögliche Bewegungsfreiheit zu sichern, habe ich mich bemüht, und das ist mir auch gelungen. Ich habe mir allerdings das Recht vorbehalten müssen, mit Beschlagnahme und Enteignung vorzugehen, aber dazu wird es hoffentlich nicht kommen. In frischem Zustand soll alles Gemüse und Obst den Verbrauchern nur auf dem Markt zum Verkauf zugeführt werden. Volle Freiheit können wir indes dem Handel unter den Verhältnissen der Kriegszeit nicht gewähren; ich erinnere da nur an die vorgekommenen Preisverbreitungen. Durch Angebot und Nachfrage regelt sich der Preis in normalen Zeiten, jetzt aber kann man das nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Nur darf man nicht lediglich einen Kleinhandelspreis festlegen, sondern muß bei Preisfestsetzungen die Ware vom Erzeuger bis zum Verbraucher erfassen. Die bisher festgesetzten Höchstpreise zu überschreiten, haben wir den Preiskommissionen freigelassen. Mit Festsetzung von Höchstpreisen wollen wir erst vorgehen, wenn die Ernte zu übersehen ist. Die Schlussworte sollen die Möglichkeit der Kontrolle des Händlergewinnes schaffen. Daß die Kommunalverbände bei der ihnen überlassenen Festsetzung der Groß- und Kleinhandelspreise über die gegebenen Richtlinien hinausgehen, werde in Berlin der Fall sein, wo man es auch noch mit einem Großzwischenhandel zu tun habe. Zu den dem Großhandel sehr unerwünschten Lieferungsverträgen sagte v. Tilly: Bis zum 25. April sind bereits 13 862 Lieferungsverträge abgeschlossen worden, die 26 800 Hektar Gemüseanbaufläche erfassen. Das ist schon über ein Viertel der für Gemüse in Betracht kommenden Fläche, wir hoffen aber, sogar die Hälfte durch Lieferungsverträge zu erfassen.

Darauf wurden Einzelfragen aus dem Obst- und Gemüsehandel erörtert. v. Tilly äußerte sich zu den vorgebrachten Beschwerden. Bei Gemüse seien alle unmittelbaren und mittelbaren Ausfuhrverbote aufgehoben und hieran solle festgehalten werden. Bei Obst aber sei sehr leicht möglich, daß Beschränkungen nötig werden, um die Marmeladenfabriken eindecken zu können. Im nächsten Jahr sollen pro Kopf und Monat zwei Pfund Marmelade gewährt werden. Auf die Klage, daß unter der Herrschaft der Lieferungsverträge es mit der Freiheit des Handels nicht weit her sei, erwiderte v. Tilly: Volle Freiheit können Sie nicht haben, aber ohne Händler können auch die Kommunalverbände nicht aus. Das diese sich durch Lieferungsverträge sichern, bringen sie nicht selber an die Verbraucher heran. Auf dem Markt und beim Kleinbändler müssen sie es zum Verkauf stellen. In der Debatte über Preisregelung und Gewinnaufschläge wurde der Ton lebhafter. Ein Redner warf der Reichsstelle vor, sie sei die Kraft, die das Gute will und das Böse schafft. (Beifällige Heiterkeit.) Scharfe Angriffe wurden gegen die Kommunalverwaltungen gerichtet, aber v. Tilly erklärte, es sei nicht seine Sache, hierauf einzugehen. Ein im Kriegsernährungsamt mitarbeitender Vertreter des Handels bedauerte, immer wieder zu hören, daß man den Kommunalverwaltungen „nicht dreinreden dürfe“. Es müsse gerabegut komman-

hier werden, daß sie den Groß- und Kleinhandel zur Mitarbeit heranziehen. (Stuttgarter Bericht.) Einmütig wird der Antrag angenommen, daß Reichsamt des Innern und das Kriegs- ernährungsamt aufzufordern, daß sie die Kommunalverwaltungen veranlassen, nur mit dem Handel zu arbeiten.

Erweiterung des Preussischen Landesgemüseamtes.

Die preussischen Minister für Landwirtschaft, Handel und des Innern haben in einer neuen Ausführungsanweisung die Aufgaben des Landesamtes für Gemüse und Obst, das der Reichsstelle ange- schlossen ist, erweitert. Danach hat das Landesamt für die Auf- bringung und Verteilung von Gemüse und Obst im Staatsgebiet zu sorgen und die Unterverteilung der vom Reich übermiesenen Mengen an Gemüsewaren (Sauerkraut, Dörrengemüse, Gemüse- konserver usw.), Obstzerlegnissen (Obstmus, Marmelade, Obstkon- serven usw.), Obstzerlegnissen (Obstmus, Marmelade, Obstkon- serven usw.) vorzunehmen. Diese Verteilung unter- stand bisher dem Landesamt für Nahrungsmittel und Bier. Dem Landesgemüseamt wird ferner die Verfügung über die Ver- sorgung der Bevölkerung des preussischen Staatsgebietes mit Gemüse und Obst sowie mit Gemüsewaren, Obstzerlegnissen und ausde- rhalbigen Protokollat zu regeln. Soweit das Landesamt für Gemüse und Obst von dieser Verfügung Gebrauch macht, ruhen die entsprechenden Befugnisse der Kommunalverbände und der Ober- präsidien und Regierungspräsidenten. Von diesen Stellen etwa erlassene, der Regelung des Landesamtes entgegenstehende An- ordnungen sind durch besondere Bekanntmachung alsbald außer Wir- kung zu setzen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Von Anfang Mai ab werden für diejenigen Personen, welche sich für länger als einen Kalendermonat aus ihrer Wohnortgemeinde entfernen, Rückumtauschkarten für jeden vollen Kalendermonat ihrer Abwesenheit auf Antrag ausgegeben. In Berlin wird die Ausgabe dieser Umtauschkarten ebenso wie die Einlösung von Umtauschkarten derjenigen Personen, die von außer- halb nach Berlin kommen, nicht in den Brotkommissionen, sondern nur in der Zuderlieferungsstelle Berlin, Kommandantenstr. 80/81, erfolgen.

Der 1. Mai ist dieses Mal, mit Rücksicht auf die Zeitumstände, vom Berliner Proletariat nicht in der sonst üblichen Weise begangen worden. Die Arbeiter nur sehr weniger Betriebe — darunter die Angestellten der Kaufmannschaft — benutzten den ersten schönen Frühlingstag dieses Jahres zu Ausflügen ins Freie. Aber, ob er nun in der Werkstatt schliefte oder am grünen Habel- ners lagerte, in seinem Herzen hat jeder Berliner Genosse den Vorkriegsfeier der Arbeit begangen. Die Ideen, die an den 1. Mai sich knüpfen, sind nicht ausgelöscht oder auch nur verblaßt, und sie werden, sobald der übermäßige Druck des Weltkrieges von uns genommen ist, aufs neue weithin sichtbar und hörbar Gestalt gewinnen.

Folgende Bekanntmachung hat das Oberkommando an den Ber- liner Ausschlagsschüler veröffentlicht:

3000 Mark Belohnung. Unsere Feinde sind am Werk, im deutschen Volk Unruhe zu erregen und Zwietracht zu erregen. Deutschland soll um die Früchte seiner mit großen Opfern an Blut und Gut erlangten Erfolge gebracht werden. Selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen ist es, zur Entlastung solcher Agenten in feindlichen Diensten beizutragen. Sie treiben im Gewande bürger- licher Piederer, politischer Agitatoren, ja auch in feindlicher Masse ihr kopfererisches Handwerk. Wer einen solchen Ver- brecher zur Strafbefolgung bringt, erhält eine Belohnung von 3000 Mark.

Diese Bekanntmachung wird, wie wir erfahren, demnächst den Reichstag beschäftigen.

Mutter und Tochter. Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sprach in den Armishallen Frau Dr. med. Cordes über die Aufgaben und Pflichten der Mutter gegen ihre heranwachsende Tochter mit joll ausschließlicher Betonung der sexuellen Erziehung. Ausgehend von den Fort- schritten der Gegenwart, die hauptsächlich das Leben der Großstadt heilig an den Menschen, in Sonderheit an das junge Mädchen stellt, behauptet die Rednerin unter großer Aufmerksamkeit der zahlreich erschienenen Zuhörerinnen die erforderlichen Maßnahmen, die Schule und Haus, ganz besonders aber die Mutter, die auch die Freundin der heranwachsenden Tochter sein soll, treffen muß, um das junge Mädchen zu wappnen gegen die Gefahren und Lockungen, die in der Großstadt keine Entschleunigung und somit auch schwere seine Gesund- heit gefährden. Nur volle Wahrheit über alle geschlechtlichen Vorgänge, besonders auch Belehrung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten allein können das junge Mädchen gesund und rein erhalten, können es kampftüchtig machen für den Beruf, gesund und bereit eine gute Ehefrau, eine gesunde Mutter zu werden. Eine Reihe interessanter Lichtbilder unterstützte den Vortrag. — Vorträge über ähnliche den Gegenstand ergänzende Thematika werden in nächster Zeit in den verschiedenen Stadteilen folgen, um auch entfernt Wohnenden Ge- legenheit zu geben, sich über die so wichtigen Fragen zu unter- richten. Näheres wird an den Anschlagtaulen bekannt gemacht werden.

Sämtliche militärrichtige türkischen Staatsangehörigen, die zur Rückführung aufgefordert sind, haben sich bis zum 14. Mai bei dem zuständigen türkischen Konsulat zu melden, da sie anderenfalls als Deserteur beträchtet und bestraft werden.

Zwei Kinder durch Gas vergiftet. Drei Kinder im Alter von 1 1/2 bis 5 Jahren, Hans, Hildegard und Verthold Steigerlechner, wurden Montag abend in der Reichen- dorfer Straße 96 bewußtlos aufgefunden. Die Wieder- belebungsversuche waren leider nur bei dem fünfjährigen Verthold von Erfolg. Die Kinder hatten in Abwesenheit ihrer Mutter wahr- scheinlich die Gasleitung geöffnet.

Zwei große Dachstuhlbrände. Das Grundstück Schulstr. 86 wird von zahlreichen Parteien bewohnt, deren sich eine große Er- regung bemächtigte, als Dienstagmorgens plötzlich Feuerarm ge- schloffen wurde, die Feuerwehre von mehreren Seiten erdröhen und die Flammen mächtig aus dem Lohse emporschlügen. Sie hatten an dem Fahl der Bodenkonstruktion schnell reiche Nahrung gefunden und gefährdeten nicht nur die oberen Wohnungen, sondern auch die angrenzenden Gebäude. Die Feuerwehre mußte über mehrere mechanische Leitern und die bereits total verqualmten Treppen vor- gehen. In der Mantuffelstr. 98 brannte zu derselben Zeit der Dachstuhl des Vorderhauses. Hier konnte die Gefahr schneller beseitigt werden. In beiden Fällen war es nicht möglich, die Ursache der Brände festzustellen. Vermutlich liegt wieder Unvorsichtigkeit der Mieter vor.

Eine „Nähergeschichte“ in des Wortes doppelter Bedeutung war in den gestrigen Berliner Abendblättern zu lesen. Ein junges Mädchen hatte behauptet, daß es in seiner Wohnung, Landsberger Allee 130, von zwei Männern überfallen, gefesselt und geschlecht- licher Natur sei, worauf die beiden Männer die Wohnung ausgeplündert hätten. Im Laufe der polizeilichen Untersuchung bewies sich das Mädchen jedoch in unbedeutender Verdächtige und schließlich räumte es ein, daß die ganze romanhafte Geschichte erdichtet war.

Charlottenburg. Nahrungsmittel für Jugendliche und Schwangere. Auf Abschnitt 8 der Nahrungsmittelliste für Jugendliche wird bis 1. Mai 1/2 Pfund Weizenmehl zum Pfundpreis von 28 Pf. ab- gegeben.

Vom vierten Monat an können Schwangere jeden Monat eine Sachie Mehlkonserve zum Preise von 1.10 M. und im vierten bis sechsten Monat monatlich zwei Sachies kondensierte Vollmilch zum Preise von 1.10 M. pro Sachie und zwei Sachies Magermilch zum Preise von 90 Pf. pro Sachie erhalten. Bei den Vorträgen, die monatlich erneuert werden müssen und die mündlich bei der Aus- kunftsstelle Wilhelmplatz 14 oder schriftlich bei der Abteilung für Krankenernährung des Magistrats einzureichen sind, muß erstmalig ein Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme erbracht werden.

Neuheit. Einrückung des Fettverkaufs. In letzter Zeit hat sich ein Rückgang in der Verkaufszahl von fetten Schmalzschmeinen bemerkbar gemacht, zum großen Teil werden nur noch magere Schweine übermiesen. Zur Anfertigung der vorgeschriebenen weni- gen Wurstsorten, welche als Protokollat dienen müssen, ist Fett jedoch unbedingt erforderlich. Um in der Zeit der Schweineknapp- heit genügend Fett zur Wurstherstellung zu haben, werden deshalb jetzt schwere Schweine oder Fettschweine von solchen eingefroren. Der Verkauf von rohem Schweinefett ist daher leider in dem bisherigen Umfange nicht mehr möglich.

Schöneberg. Lebensmittelverteilung. Außer den bereits mit- geteilten Waren werden auf Abschnitt 19 der Lebensmittelkarte ein Pfund Sauerkraut und auf Abschnitt 20 1/2 Pfund Seife zum Ver- kauf gegeben. Mit dem Verkauf des Sauerkrauts sind ungefähr 180, mit dem des Seife ungefähr 50 durch besonderen Anschlag kenntlich gemachte Geschäfte beauftragt. Die Anmeldung in den Geschäften findet heute, morgen und übermorgen statt.

Spandau. Lebensmittelverteilung. Auf Feld 11 der Eierkarte wird je ein Ei verabsolot werden. Je 125 Gramm Feigwaren werden auf Feld 5 der Lebensmittelkarte verteilt. Der Verkaufs- preis für Ware aus 75 Proz. Mehl beträgt für 1/2 Kilogramm 50 Pf., für Ware aus Auszugsmehl 72 Pf. Gegen Abstemplung (nicht Ab- trennung) des Feldes 13 der Lebensmittelkarte gibt es Strohstoff, und zwar auf zwei Felder ein Päckchen.

Tempelhof. Gemeindevorstellung. Die letzte Sitzung be- schäftigte sich mit dem von den sozialdemokratischen Vertretern ge- stellten Antrag auf Einlegung eines Kuratoriums für den Arbeits- nachweis. Den vom Genossen Burgemeister begründeten Antrag bekämpfte der Syndikus und der Bürgermeister mit der Moti- vierung, man müsse befürchten, daß dadurch in die Rechte des Ge- meindevorstandes eingegriffen werden soll, da von den Antragstellern auch eine Einflussnahme bei der Anstellung der dazu benötigten Beamten gefordert wurde. Nach längerer Debatte wurde eine Kom- mission zur Vorbereitung des Antrages eingesetzt, der auch Genosse Burgemeister angehört. — Der Errichtung eines Miet- und Hypothekeneinigungsamtes wurde zugestimmt. — Hieran- schließend wurde eine Spende der Ballon- hüllen-Gesellschaft über 20000 Mark zur Unterstützung von Witwen und Waisen von Kriegsteilnehmern. — Der Liquidator der Enallischen Gasanstalt hat mitgeteilt, daß der Gaspreis auf 16 Pf. erhöht worden ist. Von dieser Erhöhung konnte nur ein Minimum genommen werden, da der abgeklärte Ver- trag befragt, daß eine Erhöhung in anderen Gemeinden auch gleich- zeitig für Tempelhof Geltung bekommt. Bei der Festsetzung der Gebühren für den Antriebswagen kam es zu einer längeren De- batte; unsere Genossen beantragten, von Einwohnern unter 3000 M. Einkommen keine Gebühren zu erheben. Es wird gefordert: für eine Strecke bis 6 Kilometer von der Dorfmitte an statt 6 M. 10 M. und für jedes weitere Kilometer statt 1 M. 2 M. Gebühren. Die Beratung des Antrages wird der Gesundheitskommission über- wiesen. — Zur Deduktion der Lasten für Unterbringung von Kin- dern auf dem Lande wurden 10000 M. bewilligt. Bei dieser Ge- legenheit verlangte Genosse Franke, daß darauf gesehen wird, daß die Kinder nicht zu Ausbeutungszwecken benutzt werden. Vom Bürgermeister wurde erwidert, daß eine Arbeit der Kinder über- haupt nicht vorgesehen sei, die Kinder bräuchten nur freiwillig leichte Arbeiten zu übernehmen.

Abgabe von Kriegsmunition. In den öffentlichen Verkaufsstellen Berliner Str. 120 und Ringbahnstr. 57 findet ein Verkauf von Kriegsmunition statt. Auf Abschnitt 61 der Lebensmittelkarte wird 1/2 Pfund für 30 Pf. abgegeben.

Weissenhof. Aus der Gemeindevorstellung. Nach dem Bericht des Gemeindevorstandes soll der Gesundheitszustand der Bevölkerung und insbesondere der Schulkinde ein guter sein, ferner hat der Gemeindevorstand viel mehr als in anderen Orten getan, um den Ernährungszustand der Bevölkerung zu verbessern. Unsere Genossen konnten dem nicht ganz zustimmen, aus den vielen Erörterungen in der Gemeindevorstellung und in den Kommissionen, die in der Hauptsache von unseren Genossen gingen, war das Gegenteil festzustellen. Die Genosse Taubmann hervor- hob, während es auch eine ständige Praxis der Gemeinde- ärzte zu werden, den Gesundheitszustand der Bevölkerung als gut zu bezeichnen, während andere Ärzte und die Lehrerschaft das Gegenteil bekunden. Der Gemeindevorstand erwiderte, daß alles nur relativ zur jetzigen Ernährungszustand gemeint sein könne. — Die Gemeindevorstellung gab sodann ihre Zustimmung zur Eröffnung eines Säuglingserziehungsheims in der Gaslerstraße 3, welches von zentraler Stelle errichtet werden soll. — Von den Kriegsteilnehmern sollen die Mundspezialausgaben für Elektrizität nicht zur Erhebung kommen.

Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche werden auf Abschnitt 5b der Kartoffelkarte 125 Gramm Griech oder Pastafabrikate verabsolot, auf Abschnitt 5d 125 Gramm Gröhe, auf die Abschnitt 5f und h je 50 Gramm Dörrengemüse und auf das Protokollat der 114. Woche ein Pfund Marmelade oder Mhd. Die Entnahme kann in den Kolonialwaren- geschäften stattfinden, von denen lediglich Mhd. und Sauerkraut und Gruppen bezogen wurden, Kriegsmunition wird erst gegen Ende der Woche abgegeben werden. In den Gemeindevorstellungen wird auf Abschnitt 7 der Eierkarte je ein Ei zum Preise von 28 Pf. verkauft. Küher Eier sind noch Protokollat, eine Dose auf jede Kaufberechtigungsfalte abgegeben. Haushaltungen mit mehr als drei Personen erhalten zwei Dosen. In beiden Verkaufsstellen werden Saucerbien abgegeben. Erwerber müssen nachweisen, daß sie Landbesitzer oder -pächter sind. Vordrucke zu diesbezüglichen Bescheinigungen sind in den Verkaufsstellen zu haben. Ein Pfund Saucerbien kostet 1.30 M.

Aldershof. Eine besondere Gemeindevorstellung. Das Bestreben der Gemeinden, auswärtige Großbetriebe in ihren Zweignieder- lassungen besonders steuerlich zu erfassen, gewinnt in Groß-Berlin immer mehr Boden. Die Gemeindevorstellung von Aldershof hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine solche besondere Gemeindevor- stellung nach der ministeriellen Musterverordnung einzuführen. Um zu vermeiden, daß die Steuer auf die Großindustrie abföhernd wirkt, sind jedoch in der Steuerordnung mildernde Bestimmungen enthalten. Die Frage der Gaspreiserhöhung durch die Englische Gasgesellschaft wurde bis zum 1. August, dem In- trakttreten der Kohlensteuer, vertagt. Den Gemeindevorstellern wurde eine weitere Lohnenerhöhung bewilligt und für die Ent- sendung von Schulkindern auf Land wurden 7000 M. zur Ver- fügung gestellt. Bei der Wahl eines unbefristeten Gemeindevor- standes wurde der sozialdemokratische Kandidat Schwarzlose mit sieben gegen vier Stimmen gewählt, die auf den bisherigen Mandats- inhaber, Ingenieur Müller, fielen.

Aus aller Welt.

Eine schwere Explosion, bei der 30 Arbeiterinnen tödlich verunglückten, hat sich Montag nachmittag in der Sprengkapselabrik in Troisdorf infolge der Unvorsichtigkeit einer Arbeiterin ereignet.

Ein Raubmord wurde Montag früh an der 63-jährigen Witwe Lindach in Hamburg verübt. Der Täter, der bisher noch nicht ermittelt werden konnte, hat die Frau mit einem Hammer nieder- geschlagen und das Geld, das sie bei sich trug, geraubt. Einen Ver- trag von mehreren tausend Mark mußte der Mörder in der Eile zurücklassen.

Wegen Malschiebungen verurteilte die Regensburger Straf- kammer den Brauereibesitzer Kuer von Steinweg zu insgesamt 21 200 M. Geldstrafe oder drei Jahren Gefängnis.

Der erste Transport russischer invalider Kriegsgefangener trifft heute vormittag aus Deutschland in dem Paradenlager bei Delfshoer ein. Es handelt sich vorläufig um 150 Russen, die mit einem Dampfschiff von Sietim übergeführt werden. Man hofft, daß wöchentlich ein Transport von Gefangenen von Deutschland abgehen kann, bis die festgelegte Zahl von 1200 erreicht ist. Der erste Ge- fangenentransport aus Rußland wird Mittwoch im Paradenlager bald bei Bisorg in Jütland erwartet. Es handelt sich hierbei eben- falls um 150 Gefangene, namentlich Deutsche. Am ganzen sollen in diesen Paradenlagern 1200 Deutsche und österreichische Kriegsinvaliden aus Rußland unterkunft finden.

Ein „Schiffbrüchiger“. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Montag früh gegen 9 Uhr wurde ein Flugzeug von der jütlandischen Küste aus beobachtet und bald darauf sah man, daß es auf dem Meere niederging. Der Flieger, der sich als englischer Offizier heraus- stellte, wurde von einem Boot gerettet, das Flugzeug sank sofort. Der Engländer erklärte, er habe unterwegs die Entscheidung gemacht, daß er für den Rückflug nicht genügend Benzin habe, er beschloß daher, außerhalb der Dreimeilenzone auf das Meer niederzu- gehen, weil er dann das Recht habe, als Schiffbrüchiger behandelt und nicht interniert zu werden. Ueber das Flugzeug wollte er keine Angaben machen; es wird jedoch angenommen, daß er beabsichtigt hat, nach London zu fliegen, um die dortige Luftschiffhalle zu bombardieren. Die Meinungen über die genaue Stelle des Nieder- gangs sind hier geteilt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin 4, Stralauer Viertel. Heute, Mittwoch, den 2. Mai, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder vom Bezirk Köpenicker Platz. Die Mitglieder des ehemaligen Leo- und Diskulterfluchs „Vorwärts“, sowie alle Genossen, welche sich ein- schreiben lassen wollen, sind willkommen. Zur Besprechung kommen Bezirksfragen. Die Viertelleitung.

Briefkasten der Redaktion.

P. N. 101. Landsturmpflichtig. Herzlicher. — M. S. 200. Senden Sie sich um Auskunft an den Schneiderverband, Schallnhanstraße 17. — M. N. 34. Nein. Sie erhalten kein Biergeld. Für die Kinder wird Bausparen bezahlt. Sie erhalten, wenn Sie selbst Karten gestellt haben, Bausparen. Sonst haben Sie Anspruch auf Bausparen auf Grund des von Herrn Obermann geliehenen Karten nur, wenn Sie selbst mahlte sind. — Freiwilliger Sold. Nähere Bestimmungen sind darüber noch nicht erlassen. — M. S. 89. Ihr jetziger Arbeitsverhältnis dient als Grundlage zur Einbürgerung. Abzugeben sind in der Hauptstadt sämtliche Bausparen- beiträge, Krankenversicherungs- und Lebensversicherungsbeiträge. — M. S. 113. Das wissen wir nicht, das liegt bei der Einbürgerung des Militärs.

Wetternachrichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst trocken und vielach heiter; am Tage überall mild; hellere Nachfröhe; später im Nordwesten neue Fröhen.

Sozialdemokrat. Verein für Teltow-Beeskow Bezirk Neukölln.

Donnerstag, den 3. Mai 1917, abends 8 1/2 Uhr, in den Passage-Hallen, Neukölln, Bergstr. 151/52, gr. Saal: Mitglieder - Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Otto Que über: „Kartelle, Truize und Monopole.“ 2. Vereinskassenangelegenheiten.

Alle die „Vorwärts“-Leser, Genossen und Genossinnen, die auf dem Boden der Gesamtpartei stehen, werden um ihr Erscheinen ersucht.

Die Viertelleitung.

Kreuzlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulante Behandlung.

Modernes, erprobtes Heilverfahren wie Naturheilverfahren, Elektro- und Lichttherapie, Hydrotherapie, Pflanzen- und Kräuterbäder, Sauerstoffbäder, homöopathische Behandlung, Pflanzenasturen. — Nachweisbare gute Erfolge bei sämtlichen Hauterkrankungen, Inuren und anderen (speziell chronischen) Leiden, z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Nieren-, Nerven- und Blasenleiden, Nervenstörungen, nervösen Kopfschmerzen, all- gemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung; Jochsch, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Nerven-, Wunden, Verbrennungen, sowie Kinderkrankheiten; Stoffwechsel-Erkrankungen, Zuckerkrankheit usw. — Gegen Raum- mangel seien nur einige Fälle mitgeteilt: Herr H. Hellwig, Verhagelstraße 1, Berlin, Ernststr. 23. Von Magenleiden, Ver- stopfung u. Nervenschwäche in 6 Wochen geheilt. Solle operiert werden. — Herr K. Wiltmann, Berlin, Blumenstraße 3. Von Geschwulst und Abszess an einer Operationsnarbe mit 15 Be- handlungen geheilt. — Frau W. Naichid, Bin-Schönberg, Sedan- straße 17 II bei Friedl. Von Geschwulst u. Nervenschwäche in 4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Operation geraten. — Herr H. Schlabitz, Berlin, Caprivistraße 24. Von Geschwulst in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Sodbrennen in einer Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau G. Papp, Waten- berg, Wäntelstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — Sohn des Wäntelers G. Könia, Rantow. In 6 Wochen von vererbter Blindheit geheilt. Vor- her anderweitig jeder Erfolgs abgesehen. — H. H. Nothelf, Lehrer, Berlin, Bornholmer Str. 89 III. Von Nervenschwäche in vier Wochen geheilt. Erklärt sich jetzt für ganz gesund. — Herr Wilt- mann, Gabelstr. Berlin, Gabelstr. 10. Von gichtischen Schmerzen in Bein u. Kniegelenk geheilt. Sehr zufrieden. — Herr H. Proie, Berlin-Nordend, Streiber Str. 11. Von chron. Rückenmarkentzündung und Verbrennung geheilt. Vorher für unheilbar erklärt. — Herr H. Jölicher, Reinholdstr.-Eck, Weinstra- ße 17. Von Augenleiden und Nasenleiden geheilt. — Frau J. Gerold, Berlin, Kämmerstr. 21. Von Bronchialkatarrh geheilt. — Drei Kinder des Kohlenhändlers Herrn Lafe, Berlin, Streiber- straße 6. Vor 9 Jahren von Lungenleiden geheilt, heute noch ge- sund. — Herr G. Köppe, Bin-Mummelstr. 11. Von doppel- seitigen Lungenentzündungen geheilt. — Herr C. Neu- mann, Wäntelberg, Blumenstraße 13. Von Nervenleiden und ner- vöser Magenleiden geheilt. — Frau G. Große, Berlin, Köpenick- straße 20. Von Leberleiden geheilt. — Frau K. Wäntelberg, Hering- Berlin, Schöneberg Allee 57. Von Balneotherapie Kuratheit ge- heilt. — Herr Erich Bock, Berlin, Einbecker Str. 17, IV. Von Nieren- u. Blasenleiden, Wasserleiden, allgemeiner großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhaus erfolglos behandelt. Jetzt gänzlich ge- sund. — Götterstr. 10. — 1, 4-7, Uhr. Sonnt. u. Feiertagen 9-11 Uhr.

Berlin SO 16, Brückenstr. 10b (am Bahnhof)

Für Schuhmacher

Gestanzte Flocke (gelblich), gemischt, in allen Größen. 1/2 1/2
Ovale Sohlenschoner, gemischt, in drei Größen. 1/2
Runde Sohlen in 2- und 10-Pf.-Größen. 1/2
Braun Solesfas, Leder-Abfälle, Weizenf., Langhansstr. 21. Tel. Weg. 191

Berufsbildung und Einheitschule.

Warum wird in der großen pädagogischen Bewegung der Gegenwart, die den geistlichen Aufstieg der Tüchtigen auf ihre eigene...

Es gab eine Zeit, da urteilte man so; sie sollte aber vorüber sein, nachdem niemand mehr die Augen vor den gewaltigen Leistungen der Technik, zumal in diesem Kriege, verblüffelt...

An Einwendungen gegen einen so gearteten Bildungsweg wird es nicht fehlen; wir brauchen uns jedoch nur gegenwärtig zu halten...

Arbeiter.

5) Von Elin Sirewals. Sie mochte den Teig für das gewöhnliche Weizenbrot mit dem Heberloch des Sauerteigs wälzen...

der höheren Schule verlagten, ganz andere Menschen werden, sobald sie durch eine passende Berufsaufstellung erhalten...

Das deutsche Volk sollte nicht länger damit warten, den Aufstieg rein praktisch begabter durch geordnete Berufsbildung...

Eine Operettenrepublik.

Dem John, als der Juchserverband unserer Gegner die Zählung ist allmählich unfruchtbar geworden...

Wenn man sich an einem Nachschlagewerk über Liberia unterrichtet, erfährt man, daß dieses Land der Freiheit eine Republik ist...

Die Republik Liberia soll zwar nach ihrer Verfassung kein stehendes Heer haben...

für die Sicherheit und Freiheit eines Staates? In Liberia hat dennoch ein Heer und eine Flotte...

Zur Geschichte der niederdeutschen Vornamen.

Während die Geschichte der Orts- und Familiennamen in den letzten Jahren vielfach systematisch behandelt wurde...

Der Süden Deutschlands ging mit der Einführung der Familiennamen voran, die nördlichen Küstengebiete folgten erst verhältnismäßig spät...

Viele heute hollische niederdeutsche Vornamen entstanden wie gesagt aus der Zusammenziehung mehrerer Namen...

Notizen.

Die erste ukrainische Universität wurde nach holländischer Meldung am 3. v. Mts. in Kiew eingeweiht...

von Weib und Kindern. Die Sehnsucht, sie alle wieder zu sehen, wieder daheim zu sein...

Manse fuhr mit einem unterdrückten Schrei empor, sie sah einen Augenblick verwundert auf, rief die Dientire auf...

Manse lief eilig ins Haus, um zu sehen, wie spät es sei — sie hatte geschlafen, geträumt — es war hohe Zeit...

Sie fürchtete, daß in jenem Augenblick wirklich ein Unglück geschehen sei, daß es eine Verzählung gewesen sei...

Manse und Emma trafen sich nach der Frühmesse unter der Kirchentür und Emma zog mit Manse unversehrt in deren Haus...

Emma versprach ein wenig zu helfen und die beiden Schwestern besprachen unterwegs das Ereignis des Tages.

Die älteren Buben standen schon auf dem Auszug, die anderen sammelten sich im Hause...

„Was ist denn das? Das ganze Haus ist ja wie neu! Wann hast du denn das fertig getrieft?“

„Gestern, ich hab bis spät in die Nacht geschafft. Ist es nicht schön? Ivo wird Augen machen, und er wird mir sich vorwerfen können, daß es verwaschen ist.“

Manse selbst war sehr überrascht, so sauber und blicksaft sah alles aus.

Die beiden Frauen legten die Mäntel weg, zogen eine blaue Schürze an und nun mußten der Reihe nach die Buben durch der Mutter Hände wandern...

Es war ein grauer Herbstmorgen mit lauem Wind, ecktes Sonntagsgewitter, bei dem es sich gut im Freien wandern ließ.

„Gut, daß es nicht regnet und nicht kalt ist,“ bemerkte Manse, die sich darüber freute.

„Sonst müßten die Jungen daheim bleiben,“ meinte Emma. „Und es ist doch schöner, mit der ganzen Bande auszugehen — die Männer verlangen immer zuerst danach, die Jungen zu sehen.“

Emma wollte nicht sagen, was sie dachte: daß doch die Weiber nach ihren Männern verlangten...

Während die Buben sich miteinander beschäftigten und munter voraneilten, kamen Manse und ihre Schwester immer heiterem Gebärde auf dem lauen, äßen Wege vorwärts.

(Fortf. folgt.)

